



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 11014 Berlin

Präsident des Deutschen Bundestages
– Parlamentssekretariat –
Reichstagsgebäude
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 30. März 2021

BETREFF **Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u. a. und der Fraktion DIE LINKE.
Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2020
BT-Drucksache 19/26738**

Auf die Kleine Anfrage übersende ich namens der Bundesregierung die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Hans-Georg Engelke

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u. a. und der Fraktion DIE LINKE.

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2020

BT-Drucksache 19/26738

Vorbemerkung der Fragesteller:

Die von der Fraktion DIE LINKE regelmäßig erfragten Informationen zur Asylstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beleuchten ausgewählte Aspekte, die in der medialen Berichterstattung zumeist nur wenig Beachtung finden. So ist kaum bekannt, dass die Anerkennungsquote bei inhaltlichen Asylentscheidungen weitaus höher liegt als die offiziellen Zahlen vermuten lassen (vgl. hierzu und zum Folgenden, soweit nicht anders angegeben, Bundestagsdrucksache 19/18498). Die sogenannte bereinigte Schutzquote, bei der rein formelle Entscheidungen unberücksichtigt bleiben, lag im Jahr 2019 bei 56,6 Prozent, gegenüber der von der Bundesregierung verwandten unbereinigten Schutzquote in Höhe von 38,2 Prozent. Die Statistikbehörde EUROSTAT (Statistisches Amt der Europäischen Union) verwendet ebenfalls eine um bestimmte formelle Entscheidungen (insbesondere Dublin-Entscheidungen) bereinigte „Anerkennungsrate“, diese lag nach ihren Berechnungen im Jahr 2019 für Deutschland bei 46 Prozent (70.320 Anerkennungen, <https://ec.europa.eu>, Pressemitteilung vom 27. April 2020).

Hinzu kommen Anerkennungen durch die Gerichte nach einer zunächst negativen Entscheidung des BAMF. Gegen 75 Prozent aller ablehnenden BAMF-Bescheide wurde im Jahr 2019 geklagt. Fast die Hälfte aller Asylklagen (44,7 Prozent) endete 2019 mit einer „sonstigen Verfahrenserledigung“, z. B. wenn Verfahren von mehreren Familienangehörigen zusammengelegt werden, wenn eine Klage nicht weiterverfolgt oder wenn ein Schutzstatus im Einvernehmen mit dem BAMF in Abänderung des Ursprungsbescheides erteilt wird. „Sonstige Verfahrenserledigungen“ erfolgen nicht etwa überwiegend in Fällen mit schlechten Erfolgsaussichten, die wichtigsten Herkunftsländer hierbei waren: Afghanistan, Syrien, Nigeria und Irak. Auch wenn ein Gericht entscheidet, dass das Asylverfahren in Deutschland durchgeführt werden muss, gilt dies z. B. als „sonstige Erledigung“ (vgl. Bundestagsdrucksache 19/4961, Antwort zu Frage 26).

Werden diese formellen Erledigungen außer Betracht gelassen und nur tatsächlich inhaltliche Entscheidungen der Gerichte betrachtet, ergibt sich nach Berechnung der Fragestellenden eine bereinigte Erfolgsquote von Asylsuchenden im Klageverfahren im Jahr 2019 in Höhe von 26,4 Prozent – das BAMF gibt demgegenüber eine Aufhebungsquote in Höhe von nur knapp 15 Prozent an („Gerichtsstatistik 2019“, Meldung vom 30. März 2020, www.bamf.de).

Bei afghanischen Geflüchteten lag die bereinigte Erfolgsquote im Klageverfahren 2019 bei 48,7 Prozent, d. h. fast jeder zweite Bescheid erwies sich nach einer gerichtlichen Überprüfung als falsch (Somalia: 44,4 Prozent, Iran: 38 Prozent). In absoluten Zahlen mussten die Verwaltungsgerichte 2019 insgesamt 22 302 BAMF-Bescheide korrigieren, zudem änderte das BAMF von sich aus weitere 3 831 Bescheide – gut 26 000 Schutzsuchende, die vom BAMF zunächst abgelehnt worden waren, erhielten 2019 also nachträglich doch noch einen Schutzstatus (gut 70 000 Anerkennungen des BAMF gab es im Jahr 2019 insgesamt). Zuletzt räumte die Bundesregierung ein (vgl. Bundestagsdrucksache 19/22023, Antwort auf Frage 18), dass „sonstige Verfahrenserledigungen“ bei Gericht keine Aussage zur Schutzbedürftigkeit der Betroffenen beinhalten und nicht als Bestätigung der Entscheidungspraxis des BAMF gewertet werden können.

Die Spannweite der bereinigten Schutzquoten unterschiedlicher Standorte des BAMF ist enorm: Bei afghanischen Schutzsuchenden lag sie im Jahr 2019 zwischen 32,5 und 84,7 Prozent, bei irakischen zwischen 1,8 und 91,9 Prozent, bei iranischen zwischen 8 und 67,4 Prozent, bei somalischen zwischen 23,7 und 94,7 Prozent und bei türkischen Asylsuchenden zwischen 25,1 und 96,6 Prozent. Mit deutlich negativ abweichenden Schutzquoten fielen z. B. die BAMF-Standorte Frankfurter Flughafen, Heidelberg, Chemnitz, Trier, Eisenhüttenstadt, Zirndorf und Berlin auf. Das Forschungszentrum des BAMF hatte u. a. folgende Erklärungen für eine abweichende Entscheidungspraxis im BAMF benannt: ein besonderes „Mikroklima“ in der jeweiligen Organisationseinheit, die Zusammensetzung des Personals und lokale Auslegungen von Leitsätzen. Das wurde von der Bundesregierung zunächst als „hypothetisch“ bewertet (Bundestagsdrucksache 19/6786, Antwort zu Frage 5), auf Nachfrage (Bundestagsdrucksache 19/18498, Antwort zu Frage 4f) hieß es, dass Qualitätssicherungsmaßnahmen und Schutzquotenüberprüfungen „den hypothetischen lokalen (Fehl-) Entwicklungen entgegenwirken bzw. diese verhindern sollen“. In Bezug auf die Herkunftsländer Nigeria und Eritrea wurden Leitsätze und Textbausteine geändert, um Entscheidungen zu vereinheitlichen, die Entscheidungspraxis in Bamberg wurde beanstandet, weil es nicht nachvollziehbare Abweichungen gegeben habe (ebd., Frage 4b). In der Zeitschrift für Ausländerrecht (ZAR 7/2020, 223 ff.) erklärte die Vize-Präsidentin des BAMF, Ursula Gräfin Praschma, unterschiedliche Schutzquoten ließen sich vor allem auf individuell unterschiedliche Sachverhalte und Merkmale der jeweiligen Asylgesuche zurückführen. In einer Entgegnung (ZAR 1/2021, S. 10 ff.) legte Prof. Dr. Gerald Schneider aufgrund empirischer Daten zu Asylsuchenden in Deutschland dar, dass diese individuellen Merkmale gerade keinen messbaren Effekt auf die Schutzgewährung hätten. Immer mehr Anerkennungen erfolgen im Rahmen des Familienschutzes, d. h. es geht um Angehörige von in Deutschland bereits anerkannten Flüchtlingen, hierunter auch Personen, „die zuvor im Wege des legalen Familiennachzugs eingereist sind“, so die Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 19/13945, Antwort zu Frage 2b).

Beim GFK-Status (GFK, Genfer Flüchtlingskonvention) lag dieser Anteil des Familienschutzes im Jahr 2019 bei 80,6 Prozent (2017: 24,5 Prozent, 2015: 2,2 Prozent). Werden diese Anerkennungen außer Betracht gelassen, zeigt sich, dass z. B. syrischen Asylsuchenden im Jahr 2015 noch zu 99,7 Prozent vom BAMF ein Schutz nach der GFK zugesprochen wurde, im ersten Halbjahr 2020 aber nur noch zu knapp fünf Prozent (vgl. Valentin Feneberg und Sebastian Pukrop: „Zur Asyl- und Gerichtsstatistik des BAMF“, in: ASYLMAGAZIN 10-11/2020, Seite 356). Die meisten GFK-Status werden derzeit also an Familienangehörige infolge einer früheren Spruchpraxis des BAMF erteilt, ansonsten fiel die Entscheidungspraxis des BAMF weitaus restriktiver aus.

Bei der Mehrheit aller Asylsuchenden in Deutschland handelt es sich um Kinder und Jugendliche, 2019 lag der Anteil der unter 18jährigen Asylsuchenden bei 50,1 Prozent, 1,9 Prozent waren unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Bei 31 417 Asylanträgen (22 Prozent aller Anträge) ging es um in Deutschland geborene Kinder von Geflüchteten: 2 567 waren Kinder von Asylsuchenden, 10 319 von anerkannten Flüchtlingen, bei vielen der übrigen 18 531 „nachgeborenen“ Asylsuchenden dürfte es sich um Kinder von Geduldeten oder Personen mit humanitärer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG handeln, für die nach § 14a Absatz 2 AsylG bei Geburt in Deutschland ein Asylantrag von Amts wegen als gestellt gilt. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat knüpft vor diesem Hintergrund in seiner Asylantragsstatistik seit Januar 2020 zentral an der Zahl „grenzüberschreitender Asylerstanträge“ an, bei der Anträge für hier geborene Kinder nicht berücksichtigt werden (<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/01/asylzahlen-jahr-2019.html>).

Frage 1a:

Wie hoch war die Gesamtschutzquote (Anerkennungen nach Artikel 16a des Grundgesetzes – GG –, nach § 60 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes – AufenthG – in Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention – GFK –, subsidiärer Schutz und Abschiebungshindernisse) in der Entscheidungspraxis des BAMF im vierten Quartal bzw. im Gesamtjahr 2020 (bitte jeweils in absoluten und relativen Zahlen angeben und für die 15 wichtigsten Herkunftsländer gesondert darstellen, bitte für jedes dieser Länder in relativen Zahlen angeben, wie viele Asylsuchende Schutz nach Artikel 16a GG, nach § 60 Absatz 1 AufenthG/GFK, einen subsidiären Schutzstatus bzw. nationalen Abschiebungsschutz zugesprochen bekommen haben, bitte in einer weiteren Tabelle nach Art der Anerkennung differenzieren: Asylberechtigung (darunter Familienasyl), internationaler Flüchtlingsschutz (darunter Familienschutz), subsidiärer Schutz (darunter Familienschutz), nationale Abschiebungsverbote – bitte jeweils so differenziert wie möglich darstellen und in jedem Fall Angaben zu den Herkunftsländern Algerien, Marokko, Tunesien, Georgien, Armenien und die Türkei sowie zu allen sicheren Herkunftsstaaten machen)?

Frage 1b:

Wie hoch war in den genannten Zeiträumen jeweils die „bereinigte Gesamtschutzquote“, d. h. die Quote der Anerkennungen bezogen auf tatsächlich inhaltliche und nicht formelle Entscheidungen (bitte wie zu Frage 1a differenzieren), und welche näheren Angaben lassen sich machen zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen in den genannten Zeiträumen?

Antwort zu Frage 1a und 1b:

Die Fragen 1a und die Quote zu 1b werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass durch Heranziehen der erfragten sog. Bereinigten Gesamtschutzquote (Quote zu Frage 1b) etwaige Bleibeperspektiven von Staatsangehörigen der unten genannten Staaten nicht hergeleitet oder begründet werden können, da die formellen Ablehnungen von Asylanträgen bei einer derartigen Quotenberechnung nicht berücksichtigt werden. Formelle Ablehnungen führen ebenso wie materiell entschiedene Asylablehnungen im Regelfall zu einer Ausreisepflicht. Maßgeblich für die Feststellung einer etwaigen Bleibeperspektive ist daher die Gesamtschutzquote, die alle ablehnenden Asylentscheidungen berücksichtigt:

4. Quartal 2020	Asyl- berechtigung Art 16a GG*		Flüchtlings- schutz § 3 I AsylG**		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG		Abschiebungs- verbot § 60 V/VII AufenthG***		Gesamtsschutz		Quote zu Frage 1b
	abso- lut	Anteil	abso- lut	Anteil	abso- lut	Anteil	abso- lut	Anteil	absolut	Anteil	Anteil
Herkunftsländer gesamt	342	1,0%	8.451	25,1%	5.028	15,0%	1.434	4,3%	15.255	45,4%	61,6%
darunter											
Syrien	66	0,7%	4.427	46,0%	4.203	43,6%	41	0,4%	8.737	90,7%	99,9%
Afghanistan	12	0,4%	403	13,1%	124	4,0%	688	22,3%	1.227	39,8%	64,6%
Irak	5	0,2%	718	24,9%	161	5,6%	197	6,8%	1.081	37,5%	51,9%
Türkei	68	3,7%	586	32,0%	8	0,4%	11	0,6%	673	36,7%	42,3%
Ungeklärt	36	3,0%	664	56,1%	75	6,3%	25	2,1%	800	67,6%	81,6%
Somalia	14	1,6%	358	41,2%	55	6,3%	52	6,0%	479	55,1%	81,6%
Nigeria	6	0,4%	63	3,9%	17	1,1%	64	4,0%	150	9,3%	14,2%
Eritrea	10	1,2%	482	56,2%	173	20,2%	54	6,3%	719	83,8%	91,8%
Iran	34	2,4%	307	21,3%	30	2,1%	22	1,5%	393	27,3%	34,1%
Algerien	-	-	-	-	-	-	1	0,2%	1	0,2%	0,6%
Georgien	-	-	1	0,2%	2	0,4%	3	0,5%	6	1,1%	1,8%
Moldau, Republik	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Guinea	14	2,6%	78	14,3%	26	4,8%	18	3,3%	136	24,9%	38,0%
Russische Föderation	11	1,1%	29	2,9%	13	1,3%	14	1,4%	67	6,8%	13,3%
Marokko	-	-	1	0,3%	1	0,3%	-	-	2	0,5%	1,2%
Serbien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ghana	1	0,6%	-	-	1	0,6%	6	3,4%	8	4,5%	6,9%
Kosovo	-	-	1	0,8%	-	-	1	0,8%	2	1,6%	3,2%
Senegal	-	-	-	-	-	-	1	1,8%	1	1,8%	3,0%
Bosnien und Herzegowina	-	-	-	-	-	-	1	1,1%	1	1,1%	3,7%
Montenegro	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nordmazedonien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Albanien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Armenien	-	-	2	1,0%	1	0,5%	4	1,9%	7	3,4%	6,4%
Tunesien	1	0,6%	-	-	-	-	1	0,6%	2	1,1%	2,5%

* Grundgesetz

** Asylgesetz

*** Aufenthaltsgesetz

4. Quartal 2020			Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	Anteil
Asylberechtigung	342	1,0%	1,4%
darunter Familienschutz	134	0,4%	0,5%
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylG)	8.451	25,1%	34,1%
darunter Familienschutz	7.014	20,9%	28,3%
Subsidiärer Schutz nach			
§ 4 I Nr. 1 AsylG	4	0,0%	0,0%
§ 4 I Nr. 2 AsylG	3.390	10,1%	13,7%
§ 4 I Nr. 3 AsylG	350	1,0%	1,4%
§ 4 I AsylG Familienschutz	1.284	3,8%	5,2%
Summe subsidiärer Schutz	5.028	15,0%	20,3%
Abschiebungsverbot nach			
§ 60 V AufenthG	1.339	4,0%	5,4%
§ 60 VII AufenthG	95	0,3%	0,4%
Summe Abschiebungsverbot	1.434	4,3%	5,8%
Gesamtsschutz	15.255	45,4%	61,6%

Jahr 2020	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG		Abschiebungs- verbot § 60 V/VII AufenthG		Gesamtsschutz		Quote zu Frage 1b
	Absolut	An- teil	Absolut	Anteil	Absolut	Anteil	Absolut	Anteil	Absolut	Anteil	Anteil
Herkunftsländer ge- samt	1.693	1,2%	36.125	24,9%	18.950	13,1%	5.702	3,9%	62.470	43,1%	57,3%
darunter											
Syrien	270	0,7%	18.563	48,0%	15.464	39,9%	192	0,5%	34.489	89,1%	99,8%
Afghanistan	49	0,5%	1.491	13,8%	496	4,6%	2.550	23,6%	4.586	42,5%	62,0%
Irak	18	0,1%	3.358	26,1%	566	4,4%	754	5,9%	4.696	36,5%	48,9%
Türkei	514	5,2%	3.706	37,1%	31	0,3%	38	0,4%	4.289	43,0%	47,7%
Ungeklärt	91	2,1%	2.147	50,0%	300	7,0%	89	2,1%	2.627	61,1%	77,1%
Nigeria	16	0,2%	273	3,6%	47	0,6%	287	3,8%	623	8,2%	13,5%
Iran	198	2,5%	1.366	17,3%	172	2,2%	64	0,8%	1.800	22,7%	27,9%
Somalia	50	1,3%	1.346	36,2%	261	7,0%	226	6,1%	1.883	50,7%	77,0%
Eritrea	42	1,1%	2.042	55,4%	674	18,3%	252	6,8%	3.010	81,7%	90,5%
Georgien	-	-	4	0,1%	5	0,2%	17	0,6%	26	0,9%	1,4%
Russische Föderation	63	1,5%	118	2,7%	58	1,3%	47	1,1%	286	6,6%	12,8%
Moldau, Republik	-	-	-	-	-	-	12	0,5%	12	0,5%	1,1%
Guinea	32	1,4%	274	12,0%	101	4,4%	97	4,3%	504	22,1%	29,9%
Algerien	1	0,1%	7	0,5%	5	0,3%	10	0,7%	23	1,6%	3,8%
Vietnam	-	-	1	0,1%	1	0,1%	4	0,3%	6	0,5%	0,7%
Serbien	-	-	1	0,1%	-	-	-	-	1	0,1%	0,2%
Ghana	1	0,1%	5	0,7%	4	0,5%	17	2,3%	27	3,6%	5,5%
Kosovo	-	-	1	0,2%	-	-	12	1,9%	13	2,1%	4,4%
Bosnien und Herze- gowina	-	-	-	-	1	0,2%	7	1,7%	8	1,9%	4,9%
Senegal	-	-	2	0,8%	1	0,4%	4	1,6%	7	2,8%	5,2%
Montenegro	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nordmazedonien	-	-	1	0,1%	-	-	-	-	1	0,1%	0,2%
Albanien	-	-	4	0,3%	3	0,2%	4	0,3%	11	0,7%	1,3%
Marokko	-	-	9	0,7%	4	0,3%	15	1,2%	28	2,3%	4,4%
Armenien	-	-	8	0,8%	2	0,2%	27	2,7%	37	3,7%	5,5%
Tunesien	3	0,5%	8	1,3%	1	0,2%	4	0,6%	16	2,5%	4,8%

Jahr 2020			Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	Anteil
Asylberechtigung	1.693	1,2%	1,6%
darunter Familienschutz	594	0,4%	0,5%
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylG)	36.125	24,9%	33,1%
darunter Familienschutz	29.628	20,4%	27,2%
Subsidiärer Schutz nach			
§ 4 I Nr. 1 AsylG	10	0,0%	0,0%
§ 4 I Nr. 2 AsylG	8.252	5,7%	7,6%
§ 4 I Nr. 3 AsylG	5.398	3,7%	4,9%
§ 4 I AsylG Familienschutz	5.290	3,6%	4,9%
Summe subsidiärer Schutz	18.950	13,1%	17,4%
Abschiebungsverbot nach			
§ 60 V AufenthG	5.260	3,6%	4,8%
§ 60 VII AufenthG	442	0,3%	0,4%
Summe Abschiebungsverbot	5.702	3,9%	5,2%
Gesamtsschutz	62.470	43,1%	57,3%

Antwort zu Frage 1b:

Nähere Angaben zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4.Quartal 2020 Entscheidungskategorie	
Antrag nicht weiter bearbeitet	2
Einstellung wg. § 33 I u II, § 32a II AsylG	681
nicht erforderlich, Dublin	69
sonstige Einstellung	570
Unzulässig (§ 29 I Nr. 1 AsylG)	3.489
Unzulässig (§ 29 I Nr. 2 AsylG)	701
Unzulässig (§ 29 I Nr. 3 AsylG)	9
Unzulässig (§ 29 I Nr. 4 AsylG)	2
Unzulässig (kein Zweitverf. § 29 I Nr. 5 AsylG)	743
Unzulässig (kein Folgeverf. § 29 I Nr. 5 AsylG)	2.579

Jahr 2020 Entscheidungskategorie	
Abschiebung vor Entscheidung	1
Antrag nicht weiter bearbeitet	8
Einstellung wg. § 33 I u II, § 32a II AsylG	2.226
nicht erforderlich, Dublin	313
sonstige Einstellung	2.483
Unzulässig (§ 29 I Nr. 1 AsylG)	11.368
Unzulässig (§ 29 I Nr. 2 AsylG)	4.830
Unzulässig (§ 29 I Nr. 3 AsylG)	30
Unzulässig (§ 29 I Nr. 4 AsylG)	24
Unzulässig (kein Zweitverf. § 29 I Nr. 5 AsylG)	4.110
Unzulässig (kein Folgeverf. § 29 I Nr. 5 AsylG)	10.622

Frage 1c:

Wie hoch war im Jahr 2020 der Anteil internationalen Flüchtlingsschutzes (Asylberechtigung bzw. Schutz nach GFK, bitte differenzieren) bzw. subsidiären Schutzes an allen inhaltlichen BAMF-Entscheidungen (ohne formelle Entscheidungen), wenn die im Rahmen des Familienschutzes gewährten Schutzstatus nicht berücksichtigt werden (bitte jeweils auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), wie lauten im Vergleich dazu diese Werte für das Jahr 2015 (bitte wie zuvor differenzieren), und wie erklärt und bewertet die Bundesregierung den in diesem Zeitraum z. B. bei syrischen, aber auch eritreischen oder irakischen Flüchtlingen drastisch gesunkenen Anteil gewährten Schutzes nach der GFK, wenn Schutzstatus im Rahmen des Familienasyls nicht berücksichtigt werden (vgl. Vorbemerkung und: mediendienst-integration.de: Wie hat sich die Entscheidungspraxis entwickelt?)?

Antwort zu Frage 1c:

Der Anteil des internationalen Flüchtlingsschutzes bzw. subsidiären Schutzes an allen inhaltlichen Entscheidungen ohne Berücksichtigung der Entscheidungen zum Familienschutz kann nicht belastbar berechnet werden, da nicht alle Entscheidungen zum Familienschutz statistisch erfasst werden und demzufolge auch nicht aus der für die Berechnung erforderlichen Bezugsmenge (Anzahl aller materiellen Entscheidungen ohne Entscheidungen zum Familienschutz) herausgerechnet werden können. So wird bei Asylablehnungen statistisch nicht erfasst, wie viele ggf. im Zusammenhang mit Entscheidungen zum Familienschutz erfolgten.

Angaben zu Entscheidungen mit bzw. ohne Einbeziehung von Entscheidungen zum Familienschutz (ohne Quoten) können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

2020	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	
	ohne Familien-schutz	mit Familien-schutz	ohne Familien-schutz	mit Familien-schutz	ohne Familien-schutz	mit Familien-schutz
Alle Herkunftsländer (HKL)	1.099	1.693	6.497	36.125	13.660	18.950
darunter						
Syrien	126	270	454	18.563	11.701	15.464
Afghanistan	33	49	448	1.491	260	496
Irak	5	18	198	3.358	140	566
Türkei	315	514	2.330	3.706	23	31
Ungeklärt	56	91	759	2.147	183	300
Nigeria	10	16	93	273	20	47
Iran	151	198	825	1.366	143	172
Somalia	40	50	554	1.346	95	261
Eritrea	3	42	46	2.042	354	674
Georgien	-	-	3	4	2	5
Russische Föderation	53	63	30	118	26	58
Moldau, Republik	-	-	-	-	-	-
Guinea	29	32	120	274	85	101
Algerien	1	1	4	7	3	5
Vietnam	-	-	-	1	1	1

2015	Asylberechtigung Art 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	
	ohne Familien- schutz	mit Familien- schutz	ohne Familien- schutz	mit Familien- schutz	ohne Familien- schutz	mit Familien- schutz
Alle HKL	1.856		132.133		1.509	
darunter						
Syrien	1.123	1.167	99.283	99.970	30	61
Afghanistan	43	48	1.284	1.660	287	325
Irak	148	157	13.567	14.353	269	289
Türkei	11	17	34	81	13	19
Ungeklärt	33	35	3.190	3.256	3	5
Nigeria	5	7	15	25	6	7
Iran	177	208	1.142	1.325	20	29
Somalia	-	-	230	434	250	265
Eritrea	41	44	8.673	8.870	343	347
Georgien	-	-	-	-	-	-
Russische Föderation	8	9	115	185	36	71
Moldau, Republik	-	-	-	2	-	-
Guinea	2	4	35	47	1	2
Algerien	2	2	3	9	3	4
Vietnam	-	-	-	-	-	-

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) prüft im individuellen Einzelfall, ob die Voraussetzungen für eine Schutzzuerkennung vorliegen.

Frage 2a:

Wie viele der Anerkennungen nach § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes – AsylG – (GFK) im vierten Quartal bzw. im Gesamtjahr 2020 beruhten auf staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung bzw. waren Familienflüchtlingsschutzstatus (bitte in absoluten und relativen Zahlen und noch einmal gesondert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern angeben)?

Antwort zu Frage 2a:

Angaben zu Entscheidungen aufgrund staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung werden nur für Entscheidungen nach § 3 Absatz 1 AsylG erfasst und können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2020	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylG					
		Familienflüchtlingsschutz nach § 26 V AsylG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung	
				davon geschlechts-spez. Verfolgung		davon geschlechts-spez. Verfolgung
Herkunftsländer gesamt	8.451	7.014	778	130	456	291
darunter:						
Syrien	4.427	4.296	95	11	16	5
Afghanistan	403	266	15	2	111	41
Irak	718	683	6	2	25	13
Türkei	586	244	324	40	1	0
Ungeklärt	664	414	112	7	43	4
Somalia	358	210	8	7	127	120
Nigeria	63	39	0	0	21	18
Eritrea	482	476	2	0	2	2
Iran	307	125	157	37	10	8
Algerien	0	0	0	0	0	0
Georgien	1	0	0	0	1	1
Moldau, Republik	0	0	0	0	0	0
Guinea	78	40	3	2	31	29
Russische Föderation	29	23	2	0	3	3
Marokko	1	0	1	1	0	0

Jahr 2020	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylG					
		Familienflüchtlingsschutz nach § 26 V AsylG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung	
				davon geschlechts-spez. Verfolgung		davon geschlechts-spez. Verfolgung
Herkunftsländer gesamt	36.125	29.628	4.052	574	1.714	1.122
darunter:						
Syrien	18.563	18.109	316	53	39	14
Afghanistan	1.491	1.043	51	13	365	151
Irak	3.358	3.160	35	16	126	70
Türkei	3.706	1.376	2.261	200	8	3
Ungeklärt	2.147	1.388	289	36	195	27
Nigeria	273	180	9	5	74	70
Iran	1.366	541	734	134	39	31
Somalia	1.346	792	21	17	471	443
Eritrea	2.042	1.996	19	4	17	15
Georgien	4	1	2	0	1	1
Russische Föderation	118	88	21	4	8	8
Moldau, Republik	0	0	0	0	0	0
Guinea	274	154	4	3	101	96
Algerien	7	3	1	1	2	2
Vietnam	1	1	0	0	0	0

Frage 2b:

Wie viele der Anerkennungen in den genannten Zeiträumen waren Schutzstatus nach § 26 AsylG für Familienangehörige bereits Anerkannter (bitte jeweils nach dem Bezugsstatus – Asylberechtigung, Flüchtlingsstatus nach der GFK bzw. subsidiärem Schutz – differenzieren), und wie viele dieser erteilten Status betrafen in Deutschland geborene Kinder (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 2b:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2020	§ 26 AsylG		§ 3 I AsylG		§ 4 I AsylG	
	Anerkennung		Familienschutz		Familienschutz	
		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder
Herkunftsländer gesamt	134	44	7.014	3.725	1.284	830
darunter:						
Syrien	41	10	4.296	2.208	886	572
Afghanistan	5	2	266	167	53	30
Irak	3	1	683	436	111	59
Türkei	27	5	244	69	0	0
Ungeklärt	16	5	414	159	34	27
Somalia	5	2	210	123	34	28
Nigeria	1	1	39	19	8	8
Eritrea	9	6	476	330	92	76
Iran	10	3	125	60	7	4
Algerien	0	0	0	0	0	0
Georgien	0	0	0	0	0	0
Moldau, Republik	0	0	0	0	0	0
Guinea	2	0	40	31	4	3
Russische Föderation	1	1	23	14	9	4
Marokko	0	0	0	0	1	0

Jahr 2020	§ 26 AsylG		§ 3 I AsylG		§ 4 I AsylG	
	Anerkennung		Familienschutz		Familienschutz	
		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder
Herkunftsländer gesamt	594	220	29.629	16.953	5.290	3.557
darunter:						
Syrien	144	61	18.109	10.411	3.763	2.503
Afghanistan	16	9	1.043	675	236	143
Irak	13	7	3.160	1.983	426	244
Türkei	199	38	1.376	273	8	3
Ungeklärt	35	13	1.388	731	117	94
Nigeria	6	1	180	113	27	23
Iran	47	16	541	283	29	15
Somalia	10	4	792	496	166	139
Eritrea	39	25	1.996	1.368	320	277
Georgien	0	0	1	1	3	1
Russische Föderation	10	4	88	41	32	13
Moldau, Republik	0	0	0	0	0	0
Guinea	3	0	154	114	16	13
Algerien	0	0	3	2	2	1
Vietnam	0	0	1	1	0	0

Frage 2c:

Wie viele der Asylsuchenden in den genannten Zeiträumen verfügten zum Zeitpunkt der Asylantragstellung über einen rechtmäßigen Aufenthaltstitel (welchen?) oder eine Duldung (bitte auch nach den 10 wichtigsten Herkunftstaaten differenzieren), und wie viele Personen verfügten zuletzt über einen Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten (bitte wie auf Bundestagsdrucksache 19/22023 zu Frage 2c differenzieren)?

Antwort zu Frage 2c:

Zum Stichtag 31. Januar 2021 waren im Ausländerzentralregister (AZR) 23.324 Personen erfasst, die im Jahr 2020 einen Asylantrag gestellt haben, während sie einen gültigen Aufenthaltstitel oder eine gültige Duldung besaßen. 6.058 Personen verfügten zum Zeitpunkt ihrer Asylantragstellung über einen gültigen Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten.

Die weiteren Angaben können den nachstehenden Tabellen entnommen werden:

Asylantragstellung während eine gültige AE oder eine Duldung vorlagen	4.Quartal 2020	Jahr 2020 gesamt
Gesamt	8.733	23.324
davon:		
AE - familiäre Gründe	2.880	11.543
Duldungen	1.812	6.205
AE- völkerrechtliche, humanitäre, politische Gründe	3.914	4.998
AE - Besondere Aufenthaltsrechte	72	290
AE – Bildung/ Ausbildung	46	245
AE - Erwerbstätigkeit	9	41
EU-Aufenthaltsrechte		2

Asylantragstellung während eine gültige AE oder eine Duldung vorlagen	4.Quartal 2020	Jahr 2020 gesamt
alle Staatsangehörigkeiten	8.733	23.324
darunter:		
Syrien	5.998	13.690
Afghanistan	332	1.219
Ungeklärt	399	1.183
Irak	218	1.154
Iran	166	598
Türkei	199	582
Eritrea	139	547
Somalia	151	477
Russische Föderation	104	438
Nigeria	100	377

Asylantragstellung während einer gültigen AE zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten	4.Quartal 2020	Jahr 2020 gesamt
Gesamt	1.701	6.058
davon		
nach § 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 3c Var. 3 AufenthG (Ehegattennachzug zu Asylberechtigtem)	65	232
nach § 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 3c Var. 4 AufenthG (Ehegattennachzug zu anerkanntem Flüchtling)	72	265
nach § 32 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG (Kindesnachzug zu Asylberechtigten)	1.017	3.643
nach § 32 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG (Kindesnachzug zu Asylberechtigtem oder anerkanntem Flüchtling)	6	23
nach § 36a Abs. 1 S. 1 Var. 1 AufenthG (Ehegattennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten)	10	37
nach § 36a Abs. 1 S. 1 Var. 2 AufenthG (Kindesnachzug zu subsidiär Schutzberechtigten)	342	1.173
nach § 36a Abs. 1 S. 2 AufenthG (Elternnachzug zu minderjährigen subsidiär Schutzberechtigten)	189	685

Frage 3:

Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die bereinigten Schutzquoten und absoluten Fallzahlen für die Herkunftsländer Syrien, Afghanistan, Irak, Iran, Eritrea, Somalia, Nigeria und Türkei im Jahr 2020, differenziert nach Organisationseinheiten im BAMF (bitte nur solche Organisationseinheiten mit über 50 entsprechenden Entscheidungen auflisten und nach den Quoten auf- oder absteigend sortieren)?

Wie lauten diese Werte zur bereinigten Schutzquote der Organisationseinheiten, wenn Entscheidungen zur Gewährung eines Familienschutzes nicht berücksichtigt werden (bitte wie zuvor differenzieren)?

Antwort zu Frage 3:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

01.01. – 31.12.2020	Syrien	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	38.710	99,8%
darunter:		
AS Dortmund im AZ	1.782	100,0%
AS Bielefeld im AZ	1.472	100,0%
AS Essen	1.025	100,0%
AS Ellwangen	786	100,0%
AS Eisenhüttenstadt, LAS	758	100,0%
AS Mönchengladbach im AZ	751	100,0%
AS Heidelberg im AZ	653	100,0%
AS Freiburg	634	100,0%
AS Suhl im AZ	588	100,0%
AS Sigmaringen	568	100,0%
AS Büdingen	554	100,0%
AS Bremen im AZ, LAS	548	100,0%
AS Karlsruhe, LAS	546	100,0%
AS Deggendorf in AnKER	491	100,0%
AS Bamberg in AnKER	483	100,0%
AS Braunschweig	483	100,0%
AS Berlin im AZ	456	100,0%
AS Chemnitz im AZ, LAS	373	100,0%
AS Düsseldorf	358	100,0%
AS Neustadt	312	100,0%
AS München	301	100,0%
AS Regensburg in AnKER	270	100,0%
AS Manching in AnKER	258	100,0%
AS Schweinfurt in AnKER	219	100,0%
AS Frankfurt/Flughafen	66	100,0%
AS Trier, LAS	1.688	99,9%
AS Neumünster, LAS	1.593	99,9%
AS Gießen im AZ, LAS	1.386	99,9%
Entscheidungszentrum West Bonn	1.210	99,9%

AS Bonn im AZ	2.018	99,9%
AS Lebach in AnKER, LAS	993	99,9%
AS Bad Fallingbostal im AZ	962	99,9%
AS Friedland, LAS	908	99,9%
AS Halberstadt im AZ, LAS	1.205	99,8%
AS Speyer	428	99,8%
AS Hamburg im AZ, LAS	457	99,8%
AS Bochum, LAS	2.840	99,7%
AS Jena/Hermsdorf, LAS	379	99,7%
AS Bramsche im AZ	934	99,7%
AS Oldenburg	589	99,7%
AS Leipzig im AZ	296	99,6%
AS Berlin, LAS	1.195	99,5%
AS Augsburg (incl. Dep. Donauwörth in AnKER)	314	99,3%
AS Dresden in AnKER	375	99,2%
AS Zirndorf in AnKER	736	99,0%
AS Nostorf-Horst, LAS	142	98,5%
AS Schwerin im AZ	510	98,3%

01.01. – 31.12.2020	Afghanistan	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	10.803	62,0%
darunter:		
AS Schweinfurt in AnKER	65	87,5%
AS Freiburg	63	85,5%
AS Nostorf-Horst, LAS	75	84,2%
AS Ellwangen	93	81,7%
AS Schwerin im AZ	186	80,0%
AS Sigmaringen	65	78,9%
AS Bochum, LAS	212	77,9%
AS München	504	77,8%
AS Bidingen	148	74,6%
AS Speyer	136	73,0%

AS Neustadt	52	72,7%
AS Karlsruhe, LAS	114	72,5%
AS Bremen im AZ, LAS	104	71,9%
AS Dortmund im AZ	182	71,7%
AS Trier, LAS	401	70,0%
AS Suhl im AZ	281	68,7%
AS Augsburg (incl. Dep. Donauwörth in AnKER)	80	67,9%
AS Leipzig im AZ	58	67,4%
Entscheidungszentrum West Bonn	244	67,0%
AS Halberstadt im AZ, LAS	256	66,2%
AS Mönchengladbach im AZ	161	66,0%
AS Bramsche im AZ	232	64,7%
AS Eisenhüttenstadt, LAS	230	64,7%
AS Essen	130	64,6%
AS Bonn im AZ	256	64,1%
AS Friedland, LAS	141	64,1%
AS Jena/Hermsdorf, LAS	58	62,0%
AS Oldenburg	53	60,4%
AS Berlin, LAS	525	59,8%
AS Bad Fallingb. im AZ	132	58,4%
AS Hamburg im AZ, LAS	550	58,2%
AS Lebach in AnKER, LAS	60	58,2%
AS Bielefeld im AZ	203	56,6%
AS Neumünster, LAS	721	54,0%
AS Berlin im AZ	115	49,4%
AS Gießen im AZ, LAS	838	48,7%
AS Frankfurt/Flughafen	53	47,6%
AS Heidelberg im AZ	285	47,5%
AS Chemnitz im AZ, LAS	368	45,9%
AS Manching in AnKER	277	31,7%

01.01. – 31.12.2020	Irak	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	12.852	48,9%
darunter:		
AS Freiburg	140	78,0%
AS München	230	72,3%
AS Braunschweig	131	70,5%
AS Karlsruhe, LAS	262	70,5%
AS Oldenburg	326	68,2%
AS Bochum, LAS	480	68,2%
AS Friedland, LAS	230	67,9%
AS Bad Fallingbostal im AZ	454	62,6%
AS Jena/Hermsdorf, LAS	63	62,5%
AS Ellwangen	108	60,6%
AS Dortmund im AZ	454	60,3%
AS Bielefeld im AZ	709	60,2%
AS Bremen im AZ, LAS	86	60,0%
AS Bonn im AZ	793	59,7%
Entscheidungszentrum West Bonn	529	59,1%
AS Sigmaringen	77	56,9%
AS Berlin, LAS	260	55,0%
AS Düsseldorf	99	53,3%
AS Leipzig im AZ	80	49,3%
AS Essen	301	47,0%
AS Zirndorf in AnKER	352	45,7%
AS Suhl im AZ	285	42,4%
AS Bramsche im AZ	518	39,8%
AS Gießen im AZ, LAS	352	39,2%
AS Hamburg im AZ, LAS	303	38,1%
AS Dresden in AnKER	133	36,5%
AS Augsburg (incl. Dep. Donauwörth in AnKER)	162	36,5%
AS Trier, LAS	178	36,2%
AS Mönchengladbach im AZ	369	35,8%

AS Lebach in AnKER, LAS	66	33,3%
AS Halberstadt im AZ, LAS	128	33,0%
AS Neumünster, LAS	790	29,1%
AS Regensburg in AnKER	274	26,9%
AS Schwerin im AZ	121	25,9%
AS Berlin im AZ	130	24,0%
AS Chemnitz im AZ, LAS	182	21,0%
AS Bamberg in AnKER	184	18,7%
AS Frankfurt/Flughafen	89	16,0%
AS Heidelberg im AZ	440	15,6%
AS Eisenhüttenstadt, LAS	85	8,8%

01.01. – 31.12.2020	Iran	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	7.917	27,9%
darunter:		
Entscheidungszentrum West Bonn	80	50,8%
AS Bochum, LAS	256	46,6%
AS Suhl im AZ	159	46,3%
AS Nostorf-Horst, LAS	224	46,3%
AS Düsseldorf	121	43,8%
AS Halberstadt im AZ, LAS	215	43,2%
AS Trier, LAS	306	43,0%
AS Lebach in AnKER, LAS	52	42,9%
AS Bad Fallingb. im AZ	104	41,8%
AS Speyer	133	39,5%
AS Dresden in AnKER	96	36,5%
AS Zirndorf in AnKER	219	34,8%
AS Berlin, LAS	275	29,9%
AS Dortmund im AZ	309	29,2%
AS Bremen im AZ, LAS	113	26,8%
AS Heidelberg im AZ	325	26,6%
AS Essen	132	25,8%

AS Chemnitz im AZ, LAS	315	25,3%
AS Friedland, LAS	62	24,5%
AS Bramsche im AZ	402	24,1%
AS Gießen im AZ, LAS	505	22,3%
AS Neumünster, LAS	438	21,7%
AS Mönchengladbach im AZ	323	19,9%
AS Bonn im AZ	496	19,3%
AS Bamberg in AnKER	286	19,2%
AS Hamburg im AZ, LAS	427	12,8%
AS Bielefeld im AZ	274	11,9%
AS Eisenhüttenstadt, LAS	157	11,7%
AS Frankfurt/Flughafen	55	7,7%
AS Berlin im AZ	144	6,6%

01.01. – 31.12.2020	Eritrea	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	3.683	90,5%
darunter:		
AS Oldenburg	52	100,0%
AS Augsburg (incl. Dep. Donauwörth in AnKER)	71	98,6%
AS Büdingen	167	98,1%
AS Eisenhüttenstadt, LAS	51	97,8%
AS München	133	97,6%
AS Friedland, LAS	85	97,4%
AS Dortmund im AZ	92	96,6%
AS Sigmaringen	54	96,3%
AS Karlsruhe, LAS	62	94,6%
AS Bonn im AZ	180	93,9%
AS Trier, LAS	174	93,3%
AS Bochum, LAS	151	93,1%
AS Hamburg im AZ, LAS	110	93,0%
AS Freiburg	78	91,9%
AS Berlin, LAS	59	91,2%

AS Bramsche im AZ	77	89,5%
AS Halberstadt im AZ, LAS	97	89,4%
AS Gießen im AZ, LAS	391	89,3%
AS Essen	61	88,3%
AS Neumünster, LAS	158	87,8%
AS Bielefeld im AZ	121	86,3%
AS Bamberg in AnKER	123	84,7%
Entscheidungszentrum West Bonn	118	84,2%
AS Suhl im AZ	91	80,0%
AS Heidelberg im AZ	114	76,6%
AS Deggendorf in AnKER	93	76,1%

01.01. – 31.12.2020	Somalia	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	3.714	77,0%
darunter:		
AS Büdingen	87	93,8%
AS München	146	93,6%
AS Schwerin im AZ	54	88,4%
AS Speyer	68	88,1%
AS Friedland, LAS	65	87,5%
AS Neustadt	53	87,2%
AS Trier, LAS	318	85,8%
AS Mönchengladbach im AZ	54	84,8%
AS Bochum, LAS	53	84,6%
AS Bonn im AZ	83	83,6%
AS Halberstadt im AZ, LAS	96	82,9%
AS Bielefeld im AZ	60	82,5%
AS Berlin, LAS	59	81,0%
AS Hamburg im AZ, LAS	98	78,3%
AS Dortmund im AZ	69	76,5%
AS Bad Fallingb. im AZ	57	75,0%
AS Eisenhüttenstadt, LAS	71	74,5%

AS Karlsruhe, LAS	59	72,7%
AS Gießen im AZ, LAS	387	72,1%
AS Bramsche im AZ	72	70,1%
AS Suhl im AZ	64	67,4%
AS Neumünster, LAS	124	65,2%
AS Heidelberg im AZ	81	64,5%
Entscheidungszentrum West Bonn	73	61,4%
AS Leipzig im AZ	61	58,3%
AS Schweinfurt in AnKER	144	54,4%
AS Zirndorf in AnKER	51	53,8%

01.01. – 31.12.2020	Nigeria	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	7.557	13,5%
darunter:		
AS Halberstadt im AZ, LAS	101	38,0%
AS Bochum, LAS	197	33,3%
AS Bonn im AZ	186	32,7%
AS Dortmund im AZ	152	29,8%
AS Bad Fallingbostal im AZ	87	26,7%
AS Essen	93	22,5%
Entscheidungszentrum West Bonn	289	22,1%
AS Suhl im AZ	150	21,4%
AS Bielefeld im AZ	138	18,7%
AS Karlsruhe, LAS	160	15,8%
AS Manching in AnKER	56	14,3%
AS Ellwangen	135	12,3%
AS München	1.164	10,8%
AS Neumünster, LAS	112	10,1%
AS Sigmaringen	114	9,7%
AS Berlin im AZ	116	9,6%
AS Bamberg in AnKER	71	8,8%
AS Mönchengladbach im AZ	149	8,5%

AS Gießen im AZ, LAS	197	8,2%
AS Deggendorf in AnKER	122	7,1%
AS Trier, LAS	285	6,8%
AS Augsburg (incl. Dep. Donauwörth in AnKER)	190	6,6%
AS Freiburg	105	5,9%
AS Zirndorf in AnKER	151	5,9%
AS Leipzig im AZ	138	5,9%
AS Regensburg in AnKER	96	3,9%
AS Frankfurt/Flughafen	72	3,4%
AS Schweinfurt in AnKER	140	2,6%
AS Heidelberg im AZ	811	2,4%
AS Hamburg im AZ, LAS	131	1,9%
AS Eisenhüttenstadt, LAS	94	1,6%

01.01. – 31.12.2020	Türkei	
	Gesamt	Anteil Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
Organisationseinheiten	9.977	47,7%
darunter:		
AS Dortmund im AZ	378	67,9%
AS Büdingen	59	63,8%
AS Mönchengladbach im AZ	494	62,4%
AS Bielefeld im AZ	391	60,8%
AS Trier, LAS	476	60,7%
AS Düsseldorf	122	60,2%
AS Augsburg (incl. Dep. Donauwörth in AnKER)	754	57,8%
AS Suhl im AZ	286	56,5%
AS Essen	208	54,6%
Entscheidungszentrum West Bonn	73	52,1%
AS Heidelberg im AZ	1.069	52,0%
AS Speyer	62	50,9%
AS Bramsche im AZ	295	50,2%
AS Bonn im AZ	608	49,9%
AS Bochum, LAS	276	49,4%

AS Gießen im AZ, LAS	1.033	49,0%
AS Sigmaringen	53	48,9%
AS Ellwangen	86	48,7%
AS Frankfurt/Flughafen	109	47,2%
AS Bad Fallingbostal im AZ	138	40,8%
AS Karlsruhe, LAS	73	40,4%
AS Eisenhüttenstadt, LAS	159	38,0%
AS Berlin im AZ	72	37,1%
AS Dresden in AnKER	139	34,7%
AS Halberstadt im AZ, LAS	251	33,6%
AS Neumünster, LAS	291	32,1%
AS Friedland, LAS	118	30,1%
AS Lebach in AnKER, LAS	69	29,2%
AS Bremen im AZ, LAS	71	28,1%
AS Chemnitz im AZ, LAS	251	24,0%
AS Berlin, LAS	583	21,2%
AS Hamburg im AZ, LAS	142	20,9%
AS Nostorf-Horst, LAS	118	19,1%
AS Zirndorf in AnKER	120	11,4%

Entsprechende Angaben ohne Berücksichtigung von Entscheidungen zur Gewährung eines Familienschutzes können nicht ermittelt werden. Zur Begründung wird auf die Antwort zu Frage 1c verwiesen.

Frage 4:

Welche Organisationseinheiten des BAMF (bitte genau bezeichnen) wurden im zweiten Halbjahr 2020 wegen signifikant negativer oder signifikant positiver (bitte getrennt darstellen) Abweichungen bei den (bereinigten) Schutzquoten um Stellungnahme gebeten und welche Abweichungen in Bezug auf welche Herkunftsländer waren dies (bitte genauer bezeichnen und in Tabellenform darstellen wie zu Frage 4 auf Bundestagsdrucksache 19/22023)?

Welche Erklärungen wurden von den jeweiligen Organisationseinheiten für die signifikanten Abweichungen gegeben (bitte ausführen), und inwieweit wurden diese Erklärungen vom BAMF als nachvollziehbar bewertet bzw. welche Schlussfolgerungen wurden hieraus gegebenenfalls gezogen (bitte entsprechende Ausführungen auch zum Schutzquotenbericht für das erste Halbjahr 2020 nachholen, die auf Bundestagsdrucksache 19/22023 zu Frage 4a noch nicht möglich waren)?

Antwort zu Frage 4:

Die Entscheidungspraxis der Außenstellen des BAMF für das zweite Halbjahr 2020 wird gegenwärtig geprüft.

Die Abweichungen im ersten Halbjahr 2020 können im Wesentlichen auf die heterogene bundesweite Verteilung der Antragstellenden in Bezug auf schutzrelevante Faktoren zurückgeführt werden. Maßgebliche Auswirkungen auf die Schutzquote haben unter anderem Verfahren, in denen eine Ableitung des Schutzes im Rahmen von Familienasyl bzw. Familienflüchtlingsschutz in Betracht kommt. Ebenfalls können persönliche Merkmale der Antragstellenden (Ethnie, Volkszugehörigkeit, Familienstand, Geschlecht, Alter, Religionszugehörigkeit sowie Herkunftsregion je nach Herkunftsland) maßgebend sein.

Frage 5:

Welche Erklärung hat die Bundesregierung dafür, dass im ersten Halbjahr 2020 im Anker-Zentrum in Manching die bereinigte Schutzquote bei afghanischen Asylsuchenden mit nur 27,6 Prozent (bei 112 Entscheidungen) mit Abstand im bundesweiten Vergleich am niedrigsten war (vgl. Bundestagsdrucksache 19/22023, Antwort auf Frage 3), und warum wird das Anker-Zentrum in Manching bei der Aufzählung der Organisationseinheiten mit deutlicher Unterschreitung der bereinigten Schutzquoten im ersten Halbjahr 2020 (vgl. ebd., Antwort zu Frage 4) bei afghanischen Schutzsuchenden nicht genannt (bitte ausführen)?

Antwort zu Frage 5:

Die Abweichungen der „Schutzquote unter Außerachtlassung der formellen Entscheidungen“ des Anker-Zentrums Manching von der bundesdurchschnittlichen Schutzquote in Höhe von -27,6 Prozent (98 materiell rechtliche Entscheidungen, davon 71 Ablehnungen) wurde in der Bundestagsdrucksache 19/22023 in der Antwort zu Frage 4b thematisiert. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 4 verwiesen.

Frage 6:

Wie ist die Antwort der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 19/3148 zu Frage 31, in der es heißt, dass die von EUROSTAT verwandte statistische Angabe/Größe „endgültiger Berufungsbescheide“ sowohl rechtskräftige Entscheidungen der Gerichte, falls Rechtsmittel eingelegt wurden, enthalte, als auch Behördenbescheide, wenn diese bestandskräftig wurden, weil keine Rechtsmittel eingelegt wurden, – wovon alle erstinstanzlichen Entscheidungen des BAMF abgezogen würden – damit vereinbar, dass EUROSTAT in der Pressemitteilung 70/2020 vom 27. April 2020 erklärt, dass ein endgültiger Berufungsentcheid „eine Entscheidung in der letzten Instanz des administrativen/juristischen Asylverfahrens als Ergebnis eines von einem in der vorherigen Verfahrensstufe abgewiesenen Asylbewerber eingelegten Rechtsmittels“ bezeichne, was dem Wortlaut nach so zu verstehen ist, dass Rechtsmittel eingelegt worden sein müssen und keine mangels Rechtsmittel einlegung bestandskräftig gewordenen Behördenbescheide gemeint sein können (bitte ausführen und den Widerspruch auflösen: berechnet EUROSTAT diese Quote nach Auffassung der Bundesregierung falsch, haben EUROSTAT und Bundesregierung eine unterschiedliche Auffassung der hier maßgeblichen Begriffe oder Berechnungsweisen, welche anderen Erklärungen gibt es; bitte nachvollziehbar darlegen)?

Antwort zu Frage 6:

Grundlage zur Berechnung der „final decisions in appeal or review“ sind die *Technical Guidelines for the Data Collection under Art. 4.1-4.3 of amended Regulation 862/2007 – Statistics on Asylum*. Zu erfassen sind demnach „all persons covered by final decisions taken in appeal or review by any authority against which the applicant can-not further appeal on the substance of his application“ (S. 44). Die Guidelines weisen in diesem Zusammenhang explizit darauf hin, dass sich die Asylverfahren und die Anzahl der Entscheidungsgremien zwischen den Mitgliedstaaten unterscheiden (“the asylum procedures and the numbers/levels of decision making bodies differ between Member States”). Insofern sind auch nach Auffassung des BAMF alle vollständig unanfechtbaren Entscheidungen (bestands- und rechtskräftige Entscheidungen) zu berücksichtigen. Zur genauen Berechnung wird auf die Antwort zu Frage 31 in der Bundestagsdrucksache 19/3148 verwiesen.

Frage 7:

Wie ist es zu erklären, dass die Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 19/19333 zu Frage 24 für das Jahr 2019 insgesamt 70 328 Schutzgewährungen durch das BAMF benennt – was den Angaben von „EUROSTAT in der Pressemitteilung 70/2020 vom 27. April 2020 zu 70.320 Schutzgewährungen in Deutschland im Jahr 2019 in der ersten Instanz fast genau entspricht –, und ihren diesbezüglichen Angaben zufolge im selben Jahr durch die Gerichte zusätzlich insgesamt 22.353 Schutzstatus erteilt wurden (die geringe Differenz zu 22.302 Schutzgewährungen durch die Verwaltungsgerichte in der ersten Instanz laut Bundestagsdrucksache 19/18498, Antwort zu Frage 16, ergibt sich vermutlich durch Schutzgewährungen in höheren Gerichtsinstanzen), während EUROSTAT für Deutschland für 2019 zusätzlich 45.910 gewährte Schutzstatus durch „endgültige Berufungsentscheide“ vermeldet (a. a. O.), was nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller erklärungsbedürftig erscheint, weil die Zahlen der vom BAMF gewährten Schutzstatus nach beiden Quellen (fast) übereinstimmen und somit fraglich ist, wie EUROSTAT auf 45.910 zusätzlich gewährte Schutzstatus in der Berufungsinstanz kommt, obwohl die Gerichte nach Angaben der Bundesregierung nur gut 23.000 zusätzliche Schutzstatus erteilt haben sollen (bitte nachvollziehbar ausführen)?

Antwort zu Frage 7:

Zur Erläuterung der "final decisions on appeal" wird auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen. Die 45.910 "endgültigen Berufungsentscheidungen" umfassen die Asylentscheidungen des BAMF mit Schutzgewährung, die im Jahr 2019 Bestandskraft erlangten, soweit sie nicht bereits in der Asylstatistik 2019 (70.320) enthalten sind (z. B.: BAMF-Entscheidung 2018, Bestandskraft erlangt 2019). Zudem umfassen sie alle Schutzgewährungen durch gerichtliche Entscheidungen, die 2019 Rechtskraft erlangten. Dies können sowohl Gerichtsentscheidungen aus dem Jahr 2019 (dann in der Zahl 22.353 der Gerichtsstatistik des BAMF enthalten) als auch aus früheren Jahren sein (dann in den entsprechenden Statistiken zu früheren Jahren enthalten).

Diese Zahl wird ausschließlich für das Statistische Amt der Europäischen Union (EUROSTAT) ermittelt und ist mit keinen sonst vom BAMF veröffentlichten Zahlen vergleichbar und kann z. B. auch nicht mit den anderen in der Frage genannten Daten saldiert werden.

Frage 8:

Entspricht die Verfahrensweise im Umgang mit einem im Glauben konvertierten iranischen Asylsuchenden (vgl. „Christ & Welt“, Seite 64: „Er glaubt. Das Amt glaubt ihm nicht“; zwei Pressesprecher des BAMF waren beim Gespräch mit dem Journalisten anwesend und ergänzten schriftlich) den internen Vorgaben und Qualitätsvorstellungen im BAMF, wenn es demnach zwei mehrstündige Anhörungen durch zwei verschiedene Anhörer gab, die Entscheidung, d. h. die Ablehnung jedoch von einem Dritten getroffen und so begründet wurde, dass nicht glaubhaft gemacht worden sei, dass der Betroffene „aus innerer Überzeugung zum christlichen Glauben übergetreten ist“, obwohl der Entscheider bei den Anhörungen gar nicht dabei war und sich so kein eigenes Bild von der Glaubhaftigkeit des Vorbringens machen konnte (in dem Artikel heißt es, dem Asylsuchenden sei im Bescheid vorgeworfen worden, seine Wortwahl sei „farblos, kurz, glatt und lediglich zielgerichtet“ gewesen, den Anhörungsprotokollen zufolge sei die Erzählung des Asylsuchenden jedoch „anschaulich und detailreich“ gewesen)?

Inwieweit wird es in diesem Fall gegebenenfalls eine interne Überprüfung der Ablehnungsentscheidung geben, um gegebenenfalls auch das damit befasste Gericht entlasten zu können, und inwieweit hat es eine interne Qualitätskontrolle zu diesem Bescheid mit welchem Ergebnis gegeben, vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung im März 2019 auf Bundestags-drucksache 19/8701 zu Frage 28 ausführte, dass eine Einheit von Anhörer und Entscheider nach Dienstanweisung grundsätzlich vorgesehen ist und hierzu, bei wenigen Ausnahmen, vollständig wieder zurückgekehrt werden soll?

Antwort zu Frage 8:

Das BAMF prüft in jedem individuellen Einzelfall auf Grundlage des geltenden Rechts, insbesondere des Grundgesetzes und des Asylgesetzes, die Verfolgung oder das Drohen eines ernsthaften Schadens für eine Person im Falle einer Rückkehr in das Herkunftsland. Das Ergebnis dieser Prüfung hängt von vielen Faktoren ab, die z. B. in der Person der Antragstellerin oder des Antragstellers, in den Umständen im Herkunftsstaat oder in der individuellen Gefährdungssituation liegen können.

Frage 9:

Was wurde bzw. wird innerhalb des BAMF unternommen, um die Vorgabe von Bundesinnenminister Horst Seehofer in Bezug auf Abschiebungen nach Syrien umzusetzen, „ab 1. Januar 2021 jeden einzelnen Fall genau“ zu prüfen und zu „versuchen, eine Abschiebung zu ermöglichen“ (Seehofer gegenüber der „Bild am Sonntag“ laut „Der Spiegel“ vom 27. Dezember 2020; bitte so differenziert und genau wie möglich darlegen)?

Um welche Größenordnung von Verfahren geht es dabei, welche Personengruppen/Verfahren werden dabei in welcher Weise gesondert geprüft, gibt es auch rückwirkende Neubeurteilungen bzw. Rücknahmen oder Widerrufe in solchen Fällen, in denen zuvor zumindest ein Abschiebungsverbot ausgesprochen wurde, und in wie vielen Fällen seit 2015 wurde bei Asylsuchenden aus Syrien selbst ein Abschiebungsverbot verneint, so dass eine Abschiebung rein rechtlich möglich wäre (ohne formelle Erledigungen, bitte nach Jahren und Quartalen auflisten und nach ablehnenden Entscheidungen bzw. Widerrufen/Rücknahmen differenzieren)?

Antwort zu Frage 9:

Erste Gespräche zu dieser Thematik haben im März 2021 unter Beteiligung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, des BAMF und Vertretern der Innenministerien der Länder stattgefunden.

Die Angaben zu Ablehnungen (ohne formelle Entscheidungen) können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Ein Schutzstatus ist nach §§ 73 ff. AsylG zu widerrufen oder zurückzunehmen, wenn dessen Erteilungsvoraussetzungen nicht mehr vorliegen oder die Erteilung auf unrichtigen oder unvollständigen Angaben beruhte. Das BAMF prüft bei Bekanntwerden entsprechender Sachverhalte, ob ein Verfahren zum Entzug des Schutzstatus einzuleiten ist. Dies gilt auch für syrische Staatsangehörige. Die Angaben zu Widerrufen/Rücknahmen (ohne Erteilung eines Abschiebungsverbots) können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Syrien	Ablehnungen (ohne formelle Entscheidungen)	Widerrufe / Rücknahmen (ohne Erteilung eines Abschiebungsverbots)
Gesamt (2015 bis 2020)	504	1.849
Q1/2015	3	5
Q2/2015	4	2
Q3/2015	-	1
Q4/2015	16	-
Gesamt 2015	23	8
Q1/2016	23	3
Q2/2016	42	9
Q3/2016	38	12
Q4/2016	64	15
Gesamt 2016	167	39
Q1/2017	49	10
Q2/2017	44	12
Q3/2017	32	4
Q4/2017	8	24
Gesamt 2017	133	50
Q1/2018	36	34
Q2/2018	10	57
Q3/2018	11	61
Q4/2018	12	118
Gesamt 2018	69	270
Q1/2019	14	157
Q2/2019	13	266
Q3/2019	20	518
Q4/2019	10	119
Gesamt 2019	57	1.060
Q1/2020	18	103
Q2/2020	12	117
Q3/2020	18	134
Q4/2020	7	68
Gesamt 2020	55	422

Die Zahlen zu Ablehnungen bzw. Widerrufern / Rücknahmen geben jedoch keinen Aufschluss darüber, wie viele Personen tatsächlich nach Syrien abgeschoben werden konnten.

Frage 10:

Hat das BAMF seine internen Vorgaben, Herkunftsländerleitsätze usw. in Bezug auf die Feststellung von Abschiebungshindernissen beim Herkunftsland Afghanistan, insbesondere auch bei gesunden, alleinstehenden Männern und mit Blick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie, geändert oder plant sie dies (bitte so genau wie möglich darlegen)? Wird das BAMF auch vor dem Hintergrund einer diesbezüglich teilweise geänderten Rechtsprechung mehrerer (Ober-) Verwaltungsgerichte, die nunmehr auch bei gesunden jungen Männern Abschiebungsverbote feststellen (vgl. z. B.: Flüchtlingsrat Niedersachsen: Droht eine Abschiebung aus Niedersachsen nach Afghanistan?; Pro Asyl: Aus guten Gründen. Immer wieder stoppen Gerichte Abschiebungen nach Afghanistan), und angesichts der hohen Aufhebungsquote von BAMF-Bescheiden beim Herkunftsland Afghanistan (vgl. z. B.: Verwaltungsgerichte: Tausende abgelehnte Asylbescheide aufgehoben; tagesschau.de) gezielt beklagte und gerichtlich noch anhängige Ablehnungsbescheide zum Herkunftsland Afghanistan intern noch einmal überprüfen, auch um die Gerichte in diesen Fällen bei einer geänderten Einschätzung ggf. entlasten zu können (bitte begründen)?

Antwort zu Frage 10:

Die Rechtsprechung der Gerichte – insbesondere der Oberverwaltungsgerichte – wird laufend durch das BAMF ausgewertet. Ob und inwieweit dies zu einer Änderung der Entscheidungspraxis führen wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind im Rahmen der Prüfung von Abschiebungsverboten in jedem Einzelfall zu berücksichtigen. Das BAMF prüft in den Fällen, in denen belastbare Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die rechtlichen Voraussetzungen für eine Schutzgewährung im Einzelfall gegeben sind, ob eine Klaglosstellung in Betracht kommt.

Frage 11:

Welche Konsequenzen wurden innerhalb des BAMF aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 14. Januar 2021 in der Rechtssache C-441/19 zur Unzulässigkeit von Rückkehrentscheidungen bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen mit ungeklärten Aufnahmemöglichkeiten im Rückkehrstaat gezogen oder sind geplant (vgl. auch: EuGH stärkt die Rechte von unbegleiteten Minderjährigen!|PRO ASYL; bitte so genau wie möglich darlegen), und inwieweit wird bislang bzw. derzeit bei minderjährig unbegleiteten Asylsuchenden im Asylverfahren vor Erlass einer Abschiebungsandrohung geprüft, inwieweit es geeignete Aufnahmemöglichkeiten im Rückkehrstaat gibt?

Stimmt die Bundesregierung der Einschätzung zu (ebd.), dass das bisherige Vorgehen in Deutschland, solche jugendlichen unbegleiteten Minderjährigen im Falle einer Ablehnung eines Schutzes trotz der ungeklärten Lage im Rückkehrstaat bis zur Volljährigkeit lediglich zu dulden, mit dem genannten Urteil des EuGH und dem vorrangig zu berücksichtigenden Kindeswohl nicht vereinbar ist (bitte ausführen)?

Wie soll in Fällen bereits erfolgter Ablehnungen unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender (ohne Prüfung geeigneter Aufnahmemöglichkeiten im Rückkehrstaat) verfahren werden, wie viele minderjährige unbegleitete Asylsuchende wurden in den letzten Jahren (seit 2015) abgelehnt (bitte nach Jahren und wichtigsten Herkunftsländern auflisten), wie viele von diesen sind jetzt noch unter 18 Jahre alt und wie viele von ihnen werden derzeit geduldet oder haben eine Aufenthaltserlaubnis (bitte so genau wie möglich auflisten)?

Antwort zu Frage 11:

Die Prüfung zu den Auswirkungen der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) auf die deutsche Rechtspraxis ist noch nicht abgeschlossen. Angaben zu Asylablehnungen bei unbegleiteten Minderjährigen können der folgenden Tabelle entnommen werden:

Ablehnungen	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Afghanistan	25	229	2.841	522	115	119
Guinea	0	7	176	242	238	73
Irak	1	32	276	194	106	64
Somalia	3	11	171	208	97	26
Pakistan	3	38	158	43	22	12
Gesamt	191	479	4.473	1.699	901	467

Von zwischen 2015 und 2020 abgelehnten unbegleiteten minderjährigen Antragstellern waren mit Stand 8. März 2021 noch 972 Personen in einem Alter von unter 18 Jahren.

Zum Aufenthaltsstatus von abgelehnten unbegleiteten minderjährigen Antragstellern liegen keine statistischen Erkenntnisse vor.

Frage 12:

Wie viele Asylsuchende wurden im Gesamtjahr 2020 registriert (bitte nach Monaten auflisten und der Zahl der gestellten Asylerstanträge in den jeweiligen Monaten gegenüberstellen)?

Antwort zu Frage 12:

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

	Asylgesuche*	Asylerstanträge*
Januar 2020	12.245	12.212
Februar 2020	9.704	10.140
März 2020	7.826	7.120
April 2020	2.999	5.106
Mai 2020	3.618	3.777
Juni 2020	5.720	4.789
Juli 2020	10.522	7.588
August 2020	10.409	7.275
September 2020	10.678	9.302
Oktober 2020	10.137	8.557
November 2020	9.937	8.736
Dezember 2020	8.406	7.459
Jahr 2020 (kumuliert)	106.685	102.581

*Anmerkung: Aufgrund nachträglicher Änderungen können die Monatswerte nicht zu einem Gesamtwert addiert werden.

Frage 13:

Zu wie vielen asylsuchenden Personen wurde im Gesamtjahr 2020 nach Angaben des Ausländerzentralregisters eine Ausreise registriert, obwohl noch kein Abschluss des Asylverfahrens erfasst war (bitte auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und nach Bundesländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 13:

Zum Stichtag 31. Januar 2021 waren im AZR 8.156 Personen erfasst, bei denen im Jahr 2020 eine Ausreise registriert wurde, obwohl noch kein Abschluss ihres Asylverfahrens erfasst war. Die weiteren Angaben können den nachstehenden Tabellen entnommen werden:

	Jahr 2020
alle Staatsangehörigkeiten	8.156
darunter:	
Georgien	729
Moldau (Republik)	682
Nigeria	520
Irak	511
Albanien	426
Pakistan	421
Afghanistan	371
Serbien	368
Türkei	293
Nordmazedonien	272
Iran	272
Algerien	258
Syrien	225
Marokko	218
Somalia	193

nach Bundesland	Gesamt
gesamt	8.156
davon:	
Baden-Württemberg	888
Bayern	1.720
Berlin	612
Brandenburg	308
Bremen	20
Hamburg	103
Hessen	478
Mecklenburg-Vorpommern	130
Niedersachsen	628
Nordrhein-Westfalen	1.582
Rheinland-Pfalz	524
Saarland	57
Sachsen	476
Sachsen-Anhalt	208
Schleswig-Holstein	226
Thüringen	196

Frage 14:

Zu welchem Anteil und in welcher Zahl verfügten Asylsuchende im Gesamtjahr 2020 über keine Identitätspapiere (Reisepässe, Ausweise, sonstiges), mit denen ihre Herkunft/Identität nach Auffassung des BAMF hinreichend sicher zu klären war (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 14:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Vorlage von Identitätspapieren durch Erstantragsteller im Alter ab 18 Jahren - Jahr 2020				
Staatsangehörigkeiten	Anzahl der Erstantragsteller	Anzahl der Antragsteller mit Identitätspapieren (* Pass, Passersatz, Personalausweis)	Anzahl der Antragsteller ohne Identitätspapiere*	Anteil der Antragsteller ohne Identitätspapiere*
Gesamt	47.244	22.794	24.450	51,8%
darunter:				
Syrien	13.011	8.704	4.307	33,1%
Afghanistan	4.459	934	3.525	79,1%
Irak	3.996	2.247	1.749	43,8%
Türkei	4.097	2.756	1.341	32,7%
Ungeklärt	1.645	816	829	50,4%
Nigeria	1.113	80	1.033	92,8%
Iran	2.062	877	1.185	57,5%
Somalia	798	62	736	92,2%
Eritrea	358	123	235	65,6%
Georgien	1.558	867	691	44,4%
Russische Föderation	629	217	412	65,5%
Moldau, Republik	721	481	240	33,3%
Guinea	640	13	627	98,0%
Algerien	1.064	65	999	93,9%
Vietnam	1.011	763	248	24,5%

Frage 15:

In wie vielen Fällen wurden im Gesamtjahr 2020 (bitte nach Quartalen auflisten und Gesamtzahlen nennen) mobile Datenträger von Asylsuchenden ausgelesen und ein Ergebnisprotokoll erstellt (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern auflisten)?

Antwort zu Frage 15:

Im Gesamtjahr 2020 wurden insgesamt 6.247* Datenträger von persönlichen Erstantragstellern ohne Pass/Passersatz ab 14 Jahren ausgelesen. Differenzierte Angaben nach Monaten und den zehn wichtigsten Staatsangehörigkeiten können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

2020	Anzahl an Datenträgern*
1. Quartal	1.859
2. Quartal	448
3. Quartal	1.649
4. Quartal	2.291
Gesamt 2020	6.247

* Durch nachträgliche Änderungen im Erfassungssystem, wie z. B. die Einreichung von Pass/Passersatz Dokumenten, kann es zu Abweichungen der Daten im vgl. zu vorherigen Angaben kommen. Es werden diejenigen Fälle ausgewertet, bei denen aus Prozesssicht alle erforderlichen Angaben im Kerndatensystem korrekt und valide hinterlegt sind.

	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Gesamt
Syrien	329	85	356	466	1.236
Afghanistan	249	66	333	522	1.170
Irak	164	35	127	208	534
Nigeria	124	19	108	78	329
Ungeklärt	41	11	100	106	258
Iran	89	15	65	82	251
Türkei	70	27	62	87	246
Somalia	63	13	42	43	161
Russische Föderation	34	10	23	32	99
Eritrea	22	4	8	21	55

Frage 15a:

Zu welchem Anteil verfügten im Jahr 2020 Asylsuchende, deren Identität bzw. Herkunft nach Auffassung des BAMF nicht hinreichend sicher durch Dokumente geklärt werden konnte, über mobile Datenträger-Geräte, zu welchem Anteil konnten diese technisch ausgelesen werden und in wie vielen Fällen erfolgte bislang eine Auslesung erst nach behördlichen Androhungen oder durch Zwang bzw. gegen den Willen der Betroffenen (bitte so konkret wie möglich antworten)?

Antwort zu Frage 15a:

Im Gesamtjahr 2020 gaben ca. 35 Prozent der persönlichen Erstantragsteller ohne Pass/Passersatz ab 14 Jahren an, dass sie über ein Datenträger-Gerät verfügen. Zu einem Anteil von ca. 79 Prozent konnten die Datenträger-Geräte technisch ausgelesen werden.

Asylbewerber werden unter Hinweis auf ihre Mitwirkungspflichten aufgefordert, vorhandene Datenträger herauszugeben. Zwangsmaßnahmen wurden bisher nicht angedroht oder durchgeführt.

Frage 15b:

In wie vielen der Fälle, in denen eine Daten-Auslesung im Jahr 2020 erfolgte und ein Ergebnisreport erstellt wurde, wurde dieser für das Asylverfahren durch die jeweiligen Entscheider angefordert, in wie vielen dieser Fälle wurde diesem Antrag nach entsprechender Prüfung durch einen Volljuristen entsprochen bzw. erfolgte eine Ablehnung (bitte so differenziert wie möglich und in absoluten und relativen Zahlen antworten)?

Antwort zu Frage 15b:

Im Gesamtjahr 2020 wurden zu den insgesamt 6.247 ausgelesenen Datenträgern von persönlichen Erstantragstellern ohne Pass/Passersatz ab 14 Jahren 2.581 Datenträger-Auswertungsanträge gestellt. Davon wurden bisher 1.779 Datenträger-Auswertungen freigegeben. Die individuellen Gründe für entsprechende Ablehnungen werden statistisch nicht erfasst.

Frage 15c:

In wie vielen dieser Fälle, in denen der Ergebnisreport der Daten-Auslesung für das Asylverfahren verwandt wurde, hat dieser dazu geführt oder maßgeblich dazu beigetragen, Angaben der Asylsuchenden zu ihrer Herkunft/Identität/Staatsangehörigkeit zu widerlegen bzw. zu bestätigen (bitte ausführen und in absoluten und relativen Zahlen darstellen)?

Antwort zu Frage 15c:

Im Gesamtjahr 2020 führte die Ergebnisdokumentation der Datenträger von persönlichen Erstantragstellern ohne Pass/Passersatz ab 14 Jahren dazu, dass bei ungefähr 30 Prozent die Identität der Antragsteller bestätigt und bei ungefähr zwei Prozent die Identität widerlegt werden konnte. In ca. 69 Prozent der Fälle konnten keine verwertbaren Erkenntnisse aus der Ergebnisdokumentation gewonnen werden.

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 waren für die 1.779 freigegebenen Datenträger-Auswertungen insgesamt 1.270 Ergebnisdokumentationen hinterlegt. Die Anzahl der Ergebnisdokumentation wird als Bezugsgröße für die oben genannten Prozentsätze herangezogen.

Daraus ergibt sich die folgende Darstellung (Gesamt 1.270):

29,5 Prozent (375) Identität der Antragssteller bestätigt

1,8 Prozent (23) Identität widerlegt

68,7 Prozent (872) keine verwertbaren Erkenntnisse.

Frage 15d:

Welche gerichtlichen Entscheidungen zur Auswertung mobiler Datenträger durch das BAMF sind inzwischen ergangen (bitte etwaige Entscheidungen/Verfahren konkret benennen und kurz darstellen), und welche Konsequenzen für die Praxis des BAMF wurden hieraus gegebenenfalls gezogen (bitte darstellen)?

Antwort zu Frage 15d:

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 6d der Kleinen Anfrage „Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das zweite Quartal 2019“ der Fraktion DIE LINKE. vom 11. Oktober 2019 auf Bundestagsdrucksache 19/13945 verwiesen.

Frage 16:

Wie viele Asylanträge wurden im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020 nach § 14a Absatz 2 des Asylgesetzes von Amts wegen für hier geborene (oder eingereiste) Kinder gestellt, wie viele Asylanträge wurden in den genannten Zeiträumen von Kindern bzw. für Kinder unter 16 Jahren bzw. von Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren bzw. von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gestellt (bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen in Relation zur Gesamtzahl der Asylanträge sowie die Gesamtzahl der Anträge unter 18-Jähriger und sich überschneidende Teilmengen angeben), und wie hoch waren die jeweiligen (auch bereinigten) Gesamtschutzquoten für die genannten Gruppen?

Antwort zu Frage 16:

Die Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im Jahr 2020 bei 67,8 Prozent (4. Quartal 2020: 76,0 Prozent), bei Unbegleiteten im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 46,2 Prozent (4. Quartal 2020: 48,5 Prozent) und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 62,5 Prozent (4. Quartal 2020: 65,3 Prozent).

Der Anteil des Gesamtschutzes unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im Jahr 2020 bei 72,0 Prozent (4. Quartal 2020 bei 79,8 Prozent), bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 52,9 Prozent (4. Quartal 2020: 55,1 Prozent) und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 72,9 Prozent (4. Quartal 2020: 76,1 Prozent).

Die weiteren Angaben können der folgenden Tabelle entnommen werden. Teilmengen sind eingerückt zur beinhaltenden Menge angegeben.

		4. Quartal 2020	
		absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Asylerstanträge gesamt		27.455	
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt		14.120	51,4%
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre		13.021	47,4%
unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre		192	0,7%
Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG		1.785	6,5%
Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre		1.099	4,0%
unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)		479	1,7%
Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG		12	0,0%

		Jahr 2020	
		absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Asylerstanträge gesamt		102.581	
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt		55.337	53,9%
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre		51.370	50,1%
unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre		677	0,7%
Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG		7.365	7,2%
Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre		3.967	3,9%
unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)		1.523	1,5%
Anträge gem. § 14a Absatz 2 AsylG		45	0,0%

Frage 17:

Wie viele der Asylsuchenden im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020 waren sogenannte „Nachgeborene“, d. h. hier geborene Kinder von Asylsuchenden oder Flüchtlingen (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), wie viele dieser waren Kinder von Asylsuchenden, anerkannten Flüchtlingen oder sonstigen Personen (bitte differenzieren)?

Antwort zu Frage 17:

26.521 Asylsuchende im Gesamtjahr 2020 (6.317 in 4. Quartal 2020) waren so genannte „Nachgeborene“, d. h. in Deutschland geborene Kinder (und zum Zeitpunkt der Asylantragstellung unter einem Jahr alt), davon 6.770 Kinder von Asylsuchenden und 8.703 von anerkannten Flüchtlingen (Artikel 16a Grundgesetz und § 3 Absatz 1AsylG). Weitere statistische Erkenntnisse zum Status der Eltern liegen nicht vor. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2020	Absolut	Verhältnis zu Asyleranträgen gesamt
Gesamt	6.317	23,0%
darunter:		
Syrien	2.668	26,2%
Afghanistan	449	12,7%
Irak	600	21,4%
Türkei	131	9,3%
Ungeklärt	251	23,5%
Somalia	291	36,1%
Nigeria	371	50,1%
Eritrea	394	63,4%
Iran	119	19,9%
Algerien	18	4,0%

Jahr 2020	Absolut	Verhältnis zu Asyleranträgen gesamt
Gesamt	26.521	25,9%
darunter:		
Syrien	11.061	30,4%
Afghanistan	1.850	18,7%
Irak	2.491	25,3%
Türkei	582	10,1%
Ungeklärt	1.025	26,3%
Nigeria	1.812	54,9%
Iran	553	17,7%
Somalia	1.153	44,3%
Eritrea	1.589	62,0%
Georgien	165	8,1%

Frage 18:

Wie viele unbegleitete Minderjährige (d. h. unter 18-Jährige) haben im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020 einen Asylerantrag gestellt (bitte aufgliedern nach wichtigsten Herkunftsländern und Bundesländern), und welche Asylentscheidungen ergingen bei unbegleiteten Minderjährigen im genannten Zeitraum (bitte nach verschiedenen Schutzstatus und wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 18:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2020	Asylerstanträge unbegleiteter Minder- jähriger
Herkunftsländer gesamt	681
darunter	
Afghanistan	265
Syrien	190
Somalia	47
Guinea	41
Irak	22
Pakistan	18
Gambia	15
Algerien	9
Iran	9
Türkei	7
Vietnam	6
Eritrea	5
Ungeklärt	5
Benin	4
Libyen	4

4. Quartal 2020	Entscheidungen über Erstanträge				
	Gesamt	Anerken- nung als asylberech- tigt (Art. 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerken- nung als Flüchtling gem. § 3 I AsylG	Subsidiä- rer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschie- bungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG
Herkunftsländer gesamt	307	1	35	92	52
darunter:					
Afghanistan	82	-	10	7	39
Syrien	77	-	6	71	-
Somalia	16	-	4	7	1
Guinea	27	-	5	2	1
Irak	12	-	-	-	-
Pakistan	2	-	-	-	-
Gambia	8	-	-	1	1
Algerien	1	-	-	-	-
Iran	6	-	-	-	1
Türkei	6	-	2	-	-
Vietnam	5	-	-	-	-
Eritrea	11	-	5	1	2
Ungeklärt	5	-	1	1	-
Benin	1	-	-	-	1
Libyen	-	-	-	-	-

4. Quartal 2020	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
Bundesländer gesamt	681
Baden-Württemberg	65
Bayern	120
Berlin	20
Brandenburg	16
Bremen	15
Hamburg	21
Hessen	74
Mecklenburg-Vorpommern	10
Niedersachsen	76
Nordrhein-Westfalen	109
Rheinland-Pfalz	39
Saarland	4
Sachsen	41
Sachsen-Anhalt	25
Schleswig-Holstein	32
Thüringen	14

Jahr 2020	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
Herkunftsländer gesamt	2.232
darunter:	
Afghanistan	703
Syrien	511
Guinea	194
Somalia	149
Irak	98
Gambia	62
Iran	49
Pakistan	45
Eritrea	41
Türkei	38
Marokko	30
Ungeklärt	30
Algerien	28
Nigeria	22
Albanien	16

Jahr 2020	Entscheidungen über Erstanträge				
	Gesamt	Anerken- nung als Asylbe-rech- tigt (Art. 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerken- nung als Flüchtling gem. § 3 I AsylG	Subsidiä- rer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschie- bungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG
Herkunftsländer gesamt	1.241	3	115	291	256
darunter:					
Afghanistan	313	-	28	26	122
Syrien	228	-	18	202	3
Guinea	128	-	14	12	23
Somalia	105	-	22	27	14
Irak	104	-	4	2	26
Gambia	26	-	1	1	6
Iran	32	-	5	4	2
Pakistan	17	-	-	1	1
Eritrea	35	-	8	4	16
Türkei	26	-	2	-	-
Marokko	25	-	-	-	1
Ungeklärt	18	2	7	2	1
Algerien	10	-	-	-	2
Nigeria	11	-	-	1	2
Albanien	19	-	-	-	-

Jahr 2020	Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger
Bundesländer gesamt	2.232
Baden-Württemberg	176
Bayern	320
Berlin	83
Brandenburg	45
Bremen	46
Hamburg	116
Hessen	235
Mecklenburg-Vorpommern	26
Niedersachsen	259
Nordrhein-Westfalen	469
Rheinland-Pfalz	140
Saarland	21
Sachsen	106
Sachsen-Anhalt	69
Schleswig-Holstein	73
Thüringen	48

Frage 19:

Wie viele unbegleitete Minderjährige wurden im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020 an welchen Grenzen durch die Bundespolizei aufgegriffen, wie viele von ihnen wurden an die Jugendämter übergeben, wie viele von ihnen wurden zurückgewiesen oder zurückgeschoben (bitte nach den fünf wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 19:

Die Angaben für das vierte Quartal 2020 bzw. für das Gesamtjahr 2020 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2020	Anzahl unbegleiteter Minderjähriger	davon zurückgeschoben	davon zurückgewiesen	davon Übergabe an Jugendamt
Gesamt	644	34	137	368
Grenze zu				
Österreich	262	7	135	91
Frankreich	104	12	-	76
Tschechien	87	-	-	63
Belgien	57	-	-	53
Schweiz	28	3	-	19
Niederlande	22	11	-	9
ungeklärt	20	-	-	17
Dänemark	16	-	-	14
Polen	13	-	-	6
Luxemburg	11	-	-	9
Luftgrenze	18	1	2	5
Seegrenze	6	-	-	6
Staatsangehörigkeit (Top-5)				
afghanisch	238	2	70	129
syrisch	131	5	55	53
marokkanisch	71	11	-	55
algerisch	55	4	1	37
tunesisch	21	2	2	14

2020	Anzahl unbegleiteter Minderjähriger	davon zurückgeschoben	davon zurückgewiesen	davon Übergabe an Jugendamt
Gesamt	1.480	67	292	846
Grenze zu				
Österreich	539	9	270	195
Frankreich	293	30	11	194
Belgien	169	1	-	146
Tschechien	121	-	-	90
Niederlande	74	22	1	39
Schweiz	65	4	1	43
Dänemark	56	-	1	41
ungeklärt	47	-	1	38
Polen	22	-	-	13
Luxemburg	18	-	-	13
Luftgrenze	64	1	7	23
Seegrenze	12	-	-	11
Staatsangehörigkeit (Top-5)				
afghanisch	495	3	157	261
syrisch	227	7	72	105
marokkanisch	183	22	6	135
algerisch	135	8	6	98
guineisch	59	6	1	44

Differenzen in den Tabellen zwischen der Zahl der festgestellten unbegleiteten Minderjährigen und den aufgeführten Maßnahmen erklären sich aus sonstigen Maßnahmen der Grenzbehörden, etwa der Übergabe an inländische Behörden (z. B. Polizeien der Länder, Ausländerbehörden).

Frage 20:

Wie viele Asylanträge wurden im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020 als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt (bitte Angaben differenziert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern machen und zudem jeweils in Relation zur Gesamtzahl der Ablehnungen setzen)?

Antwort zu Frage 20:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2020	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
insgesamt	9.505	2.606	27,42%
darunter:			
Syrien	7	0	0,0%
Afghanistan	671	30	4,5%
Irak	1.002	51	5,1%
Türkei	918	133	14,5%
Ungeklärt	180	67	37,2%
Somalia	108	4	3,7%
Nigeria	903	132	14,6%
Eritrea	64	3	4,7%
Iran	760	50	6,6%
Algerien	159	104	65,4%
Georgien	322	247	76,7%
Moldau, Republik	232	181	78,0%
Guinea	222	27	12,2%
Russische Föderation	436	73	16,7%
Marokko	160	90	56,3%

Jahr 2020	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
insgesamt	46.586	12.497	26,8%
darunter:			
Syrien	55	5	9,1%
Afghanistan	2.809	122	4,3%
Irak	4.912	352	7,2%
Türkei	4.711	575	12,2%
Ungeklärt	782	300	38,4%
Nigeria	3.980	652	16,4%
Iran	4.650	238	5,1%
Somalia	564	30	5,3%
Eritrea	315	21	6,7%
Georgien	1.778	1.259	70,8%
Russische Föderation	1.953	332	17,0%
Moldau, Republik	1.093	754	69,0%

Frage 21:

Wie viele sogenannte Flughafenverfahren wurden im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020 an welchen Flughafenstandorten mit welchem Ergebnis durchgeführt (bitte auch Angaben zum Anteil der Minderjährigen, der unbegleiteten Minderjährigen und den zehn wichtigsten Herkunftsländern machen)?

Antwort zu Frage 21:

Im Berichtszeitraum gab es keine Flughafenverfahren für unbegleitete Minderjährige. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2020				Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Herkunftsland	Aktenanlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a VI	offens. unbegründet	eingestellt
Insgesamt	44	8	32	14	-
darunter:					
Syrien	12	4	12	-	-
Iran	8	2	4	4	-
Algerien	3	-	-	3	-
Irak	3	-	2	-	-
Jemen	3	-	6	-	-
Ungeklärt	3	-	-	3	-
Ägypten	2	-	1	1	-
Brasilien	1	1	1	-	-
Eritrea	1	-	1	-	-
Kongo	1	-	-	1	-

4. Quartal 2020				Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Flughafen	Aktenanlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a VI	offens. unbegründet	eingestellt
Insgesamt	44	8	32	14	-
darunter:					
Flughafen Berlin	2	-	1	1	-
Flughafen Frankfurt	36	7	25	13	-
Flughafen München	6	1	6	-	-

Jahr 2020				Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Herkunftsland	Aktenanlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a VI	offens. unbegründet	eingestellt
Insgesamt	145	13	78	67	-
darunter:					
Iran	24	3	11	13	-
Syrien	20	4	19	-	-
Irak	14	2	5	9	-
Jemen	12	-	12	-	-
Ägypten	7	-	3	4	-
Kongo, Demokratische Republik	7	-	1	6	-
Türkei	6	-	4	2	-
Afghanistan	5	2	1	4	-
Marokko	5	-	2	3	-
Kuba	4	-	-	4	-

Jahr 2020				Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Flughafen	Aktenanlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a VI	offens. unbegründet	eingestellt
Insgesamt	145	13	78	67	-
darunter:					
Flughafen Berlin	5	-	2	3	-
Flughafen Frankfurt	125	12	67	58	-
Flughafen Hamburg	3	-	3	-	-
Flughafen München	12	1	6	6	-

Frage 22:

Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die statistischen Daten zu Rechtsmitteln und Gerichtsentscheidungen im Bereich Asyl für das Jahr 2020 (soweit vorliegend; bitte jeweils in der Differenzierung wie auf Bundestagsdrucksache 19/18498 in der Antwort zu Frage 16 darstellen: Asylverfahren, Widerrufsverfahren, Eilanträge in Dublin-Verfahren, Verfahrensdauern, auch zu Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes bzw. nach § 80 Absatz 5 der Verwaltungsgerichtsordnung; neben der Differenzierung nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern bitte in jedem Fall auch Angaben zu den sicheren Herkunftsstaaten sowie zu Marokko, Tunesien, Algerien, Georgien, Armenien und Türkei machen – aus Gründen der Übersichtlichkeit und wegen geringer Fallzahlen in den weiteren Instanzen sind Angaben zur ersten Instanz ausreichend)?

Antwort zu Frage 22:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Erst- und Folgeanträge											
01.01- 31.12.2020 (Stand: 15.02.2021)	Eingelegte Klagen	Gerichtsentscheidungen									anhängige Rechtsmittel
		Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl	(GFK) Flüchtlingschutz	subsidiärer Schutz	Ab-schiebungs-verbot	Ablehnungen	sonst. Verfahrenserledigungen (z.B. Rücknahmen)	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten gesamt	71.371	126.715	433	6.278	1.700	12.813	46.837	37,0%	58.654	46,3%	191.110
darunter											
Syrien	7.943	15.486	8	865	15	839	5.398	34,9%	8.361	54,0%	19.003
Irak	7.748	14.660	15	557	341	1.528	6.287	42,9%	5.932	40,5%	21.944
Nigeria	6.310	10.682	4	69	13	612	4.161	39,0%	5.823	54,5%	14.588
Iran	6.043	7.029	46	1.507	23	109	2.559	36,4%	2.785	39,6%	16.317
Afghanistan	5.822	21.168	6	1.195	651	6.435	5.518	26,1%	7.363	34,8%	27.002
Türkei	5.292	4.264	119	431	32	56	1.830	42,9%	1.796	42,1%	11.273
Russische Föderation	3.551	5.014	88	155	20	170	1.989	39,7%	2.592	51,7%	12.519
Pakistan	1.906	4.999	7	516	18	144	2.353	47,1%	1.961	39,2%	5.969
Georgien	1.772	2.550	1	10	8	41	1.219	47,8%	1.271	49,8%	2.914

Somalia	1.666	3.347	1	109	91	354	711	21,2%	2.081	62,2%	4.979
Guinea	1.499	2.252	3	24	12	66	1.040	46,2%	1.107	49,2%	3.763
Ungeklärt	1.381	2.098	2	138	82	115	683	32,6%	1.078	51,4%	3.982
Aserbaidshan	1.082	2.162	5	19	6	37	1.119	51,8%	976	45,1%	3.360
Moldau, Republik	986	895	-	-	-	-	330	36,9%	565	63,1%	829
Gambia	871	3.228	1	19	11	114	1.782	55,2%	1.301	40,3%	2.211
Marokko	539	558	2	15	8	9	153	27,4%	371	66,5%	859
Tunesien	316	274	1	7	0	1	73	26,6%	192	70,1%	463
Algerien	588	552	1	3	0	10	169	30,6%	369	66,8%	846
Armenien	844	2.547	0	0	10	144	1.245	48,9%	1.148	45,1%	2.739
Albanien	667	1.172	0	2	4	38	340	29,0%	788	67,2%	1.254
Serbien	498	699	0	0	0	9	170	24,3%	520	74,4%	973
Nordmazedonien	365	644	0	0	6	11	150	23,3%	477	74,1%	731
Kosovo	259	539	0	1	0	28	132	24,5%	378	70,1%	637
Ghana	428	642	0	3	0	30	192	29,9%	417	65,0%	860
Bosnien und Herzegowina	139	247	0	0	0	6	39	15,8%	202	81,8%	264
Senegal	154	219	0	1	0	7	77	35,2%	134	61,2%	354
Montenegro	109	103	0	0	0	0	11	10,7%	92	89,3%	131

Widerrufsverfahren										
01.01 - 31.12.2020 (Stand: 15.02.2021)	Eingelegte Klagen	Gerichtsentscheidungen								anhängige Rechtsmittel
		Gesamt	Widerruf Art. 16a GG/ Flüchtlingsgesellschaft / subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrenserledigungen (z.B. Rücknahmen)			
			absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil		
Staatsangehörigkeiten gesamt	2.851	961	395	41,1%	77	8,0%	489	50,9%	4.227	
darunter										
Afghanistan	656	256	101	39,5%	31	12,1%	124	48,4%	917	
Irak	540	145	63	43,4%	3	2,1%	79	54,5%	946	
Syrien	381	189	74	39,2%	18	9,5%	97	51,3%	533	
Russische Föderation	156	40	10	25,0%	2	5,0%	28	70,0%	220	
Ungeklärt	135	40	19	47,5%	3	7,5%	18	45,0%	174	

Türkei	100	29	9	31,0%	5	17,2%	15	51,7%	151
Libanon	87	13	7	53,8%	-	0,0%	6	46,2%	111
Eritrea	85	25	15	60,0%	3	12,0%	7	28,0%	106
Iran	81	19	9	47,4%	1	5,3%	9	47,4%	105
Nigeria	73	16	12	75,0%	-	0,0%	4	25,0%	93
Armenien	73	21	12	57,1%	-	0,0%	9	42,9%	101
Somalia	70	22	11	50,0%	2	9,1%	9	40,9%	85
Äthiopien	47	6	-	0,0%	1	16,7%	5	83,3%	63
Serbien	28	18	2	11,1%	-	0,0%	16	88,9%	63
Kosovo	25	17	9	52,9%	-	0,0%	8	47,1%	44
Marokko	13	3	2	66,7%	-	0,0%	1	33,3%	18
Algerien	7	2	1	50,0%	-	0,0%	1	50,0%	12
Georgien	7	3	2	66,7%	-	0,0%	1	33,3%	10
Tunesien	3	0	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	6
Albanien	18	13	2	15,4%	1	7,7%	10	76,9%	17
Nordmazedonien	6	5	3	60,0%	-	0,0%	2	40,0%	18
Ghana	4	2	-	0,0%	-	0,0%	2	100,0%	7
Bosnien und Herzegowina	14	2	1	50,0%	-	0,0%	1	50,0%	16
Senegal	-	3	-	0,0%	-	0,0%	3	100,0%	-
Montenegro	5	-	-	0,0%	-	0,0%	-	0,0%	7

Durchschnittliche Dauer gerichtlicher Verfahren in Monaten (Klagen)		
	Verfahrensdauer Erst- und Folgeanträge:	Verfahrensdauer Widerrufe:
01.01 - 31.12.2020	24,3	11,6

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen im Dublin-Verfahren

01.01.2020 – 31.12.2020 (Stand: 15.02.2021)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtentscheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	5.637	2.231	7.868
darunter:			
Nigeria	578	447	1.025
Russische Föderation	571	245	816
Irak	590	189	779
Afghanistan	477	130	607
Iran	340	229	569
Syrien	385	179	564
Türkei	188	88	276
Guinea	169	54	223
Somalia	148	43	191
Pakistan	152	37	189
Gambia	146	42	188
Aserbaidshan	125	49	174
Libanon	113	37	150
Eritrea	93	45	138
Algerien	110	17	127
Marokko	45	8	53
Georgien	86	14	100
Tunesien	34	10	44
Armenien	83	25	108
Serbien	29	-	29
Nordmazedonien	20	-	20
Kosovo	20	3	23
Ghana	36	17	53
Bosnien und Herzegowina	13	6	19
Senegal	25	12	37
Montenegro	1	-	1

Verfahrensdauer Eilanträge im Dublinverfahren (in Tagen)

Zeitraum: 01.01. – 31.12.2020 (Stand: 15.02.2021)	Antrag nach § 80 Abs. 5 Verwal- tungsge- richtsord- nung, (VwGO)	Antrag nach § 80 Abs. 7 VwGO	Antrag nach §123 VwGO
Staatsangehörigkeiten ge- samt	86,0	33,9	29,4
darunter:			
Nigeria	164,2	36,2	15,5
Russische Föderation	59,3	35,1	26,5
Irak	59,5	51,3	26,0
Afghanistan	78,0	23,4	32,7
Iran	69,5	32,7	31,3
Syrien	59,5	18,0	26,9
Türkei	95,8	22,4	55,3
Guinea	56,5	37,1	22,2
Somalia	43,4	38,9	51,7
Pakistan	39,7	29,6	24,2
Gambia	92,1	42,0	27,0
Aserbaidtschan	54,3	32,3	21,6
Libanon	41,5	23,5	27,2
Eritrea	350,0	36,5	35,8
Algerien	32,8	18,7	11,0
Marokko	39,5	29,3	7,0
Georgien	50,4	18,0	-
Tunesien	155,6	36,9	-
Armenien	86,2	28,7	18,1
Serbien	39,0	69,0	22,0
Nordmazedonien	47,7	-	-
Kosovo	187,9	77,0	-
Ghana	69,1	22,5	10,3
Bosnien und Herzegowina	145,8	-	-
Senegal	108,0	40,4	7,0
Montenegro	28,0	-	-

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen (einstweiliger Rechtsschutz) Gesamt

01.01. – 31.12.2020 (Stand: 15.02.2021)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtent- scheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	21.093	6.658	27.751
darunter:			
Nigeria	2.248	1.040	3.288
Irak	1.548	724	2.272
Afghanistan	1.288	593	1.881
Russische Föderation	1.334	411	1.745
Syrien	1.252	404	1.656
Iran	1.033	549	1.582
Georgien	1.234	88	1.322
Türkei	849	336	1.185
Pakistan	584	142	726
Moldau (Republik)	687	3	690
Albanien	602	64	666
Armenien	547	90	637
Somalia	433	182	615
Guinea	454	135	589
Aserbaidtschan	443	134	577
Algerien	274	33	307
Marokko	236	41	277
Tunesien	132	33	165
Serbien	404	38	442
Nordmazedonien	333	16	349
Kosovo	178	31	209
Ghana	313	94	407
Bosnien und Herzegowina	109	18	127
Senegal	136	34	170
Montenegro	86	2	88

Verfahrensdauer Eilanträge (einstweiliger Rechtsschutz) Gesamt (in Tagen)

Zeitraum: 01.01. – 31.12.2020 (Stand: 15.02.2021)	Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO	Antrag nach § 80 Abs. 7 VwGO	Antrag nach §123 VwGO
Staatsangehörigkeiten ge- samt	68,7	35,5	42,5
darunter:			
Nigeria	132,6	46,2	61,9
Irak	62,9	42,8	42,3
Afghanistan	64,2	28,7	50,6
Russische Föderation	50,3	40,2	46,4
Syrien	89,9	30,8	39,4
Iran	57,3	29,7	41,0
Georgien	28,0	20,0	27,9
Türkei	54,9	35,2	29,0
Pakistan	36,6	49,5	34,6
Moldau (Republik)	34,9	28,2	55,7
Albanien	40,2	21,7	32,4
Armenien	51,2	23,5	21,1
Somalia	60,4	36,5	45,3
Guinea	56,7	32,1	24,4
Aserbaidshan	34,1	26,6	26,7
Algerien	46,5	36,6	38,3
Marokko	41,7	24,4	44,4
Tunesien	113,0	45,2	63,6
Serbien	46,1	17,2	43,4
Nordmazedonien	47,5	16,9	23,6
Kosovo	61,6	50,0	24,6
Ghana	60,2	26,8	88,3
Bosnien und Herzegowina	53,1	12,9	26,7
Senegal	60,6	45,8	64,7
Montenegro	18,3	16,5	13,4

Frage 22a:

Wie viele Rechtsmittel sind derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung anhängig in Verfahren, in denen subsidiär Schutzberechtigte oder Personen mit nationalem Abschiebungsschutz (bitte differenzieren) auf einen Flüchtlingsstatus klagen (bitte auch nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele dieser Verfahren wurden im Jahr 2020 mit welchem Ergebnis entschieden (bitte ebenfalls nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren; Angaben zur ersten Instanz sind ausreichend)?

Antwort zu Frage 22a:

Die folgenden Klagen gegen vom BAMF auf subsidiären Schutz entschiedene Asylanträge waren zum Stichtag 31. Dezember 2020 anhängig:

anhängige Rechtsmittel gegen subsidiären Schutz zum 31. Dezember 2020	
nach Staatsangehörigkeit	Klagen
Gesamt	13.583
darunter:	
Syrien	10.802
Irak	804
Eritrea	484
Ungeklärt	402
Jemen	247
Staatenlos	164
Afghanistan	217
Somalia	107
Iran	62
Sudan	52

anhängige Rechtsmittel gegen subsidiären Schutz zum 31. Dezember 2020	
nach Bundesländern	Klagen
Gesamt	13.583
Baden-Württemberg	1.556
Bayern	1.188
Berlin	1.103
Brandenburg	1.178
Bremen	137
Hamburg	201
Hessen	2.343
Mecklenburg-Vorpommern	109
Niedersachsen	1.463
Nordrhein-Westfalen	3.158
Rheinland-Pfalz	92
Saarland	56
Sachsen	304
Sachsen-Anhalt	244
Schleswig-Holstein	226
Thüringen	225

Die folgenden Klagen gegen die Feststellung eines Abschiebungsverbotes waren zum Stichtag 31. Mai 2020 anhängig:

anhängige Rechtsmittel gegen Feststellung eines Abschiebungsverbot zum 31. Dezember 2020	
nach Staatsangehörigkeit	Klagen
Gesamt	3.761
darunter:	
Afghanistan	1.716
Irak	639
Eritrea	240
Syrien	217
Somalia	194
Nigeria	98
Äthiopien	85
Ungeklärt	71
Guinea	37
Türkei	37

anhängige Rechtsmittel gegen Feststellung eines Abschiebungsverbot zum 31. Dezember 2020	
nach Bundesländern	Klagen
Gesamt	3.761
Baden-Württemberg	354
Bayern	301
Berlin	226
Brandenburg	220
Bremen	71
Hamburg	56
Hessen	704
Mecklenburg-Vorpommern	37
Niedersachsen	590
Nordrhein-Westfalen	932
Rheinland-Pfalz	30
Saarland	10
Sachsen	70
Sachsen-Anhalt	40
Schleswig-Holstein	75
Thüringen	45

Die folgenden Klagen gegen vom BAMF auf subsidiären Schutz entschiedene Verfahren wurden wie folgt entschieden:

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt 2020	10.630	6	1.110	9.514
darunter:				
Syrien	8.009	3	835	7.171
Irak	1.116	1	53	1.062
Eritrea	467	-	66	401
Ungeklärt	292	-	65	227
Afghanistan	206	-	13	193
Jemen	109	-	11	98
Staatenlos	107	-	31	76
Somalia	73	-	9	64
Libyen	35	-	-	35
Sudan	30	-	6	24

nach Bundesländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlings- schutz gem. § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt 2020	10.630	6	1.110	9.514
Baden-Württemberg	1.613	1	198	1.414
Bayern	1.108	-	33	1.075
Berlin	1.048	-	33	1.015
Brandenburg	347	-	26	321
Bremen	69	-	8	61
Hamburg	228	-	17	211
Hessen	1.562	2	272	1.288
Mecklenburg-Vorpommern	73	-	15	58
Niedersachsen	1.336	1	75	1.260
Nordrhein-Westfalen	2.308	1	272	2.035
Rheinland-Pfalz	139	-	10	129
Saarland	51	-	6	45
Sachsen	131	-	7	124
Sachsen-Anhalt	261	-	85	176
Schleswig-Holstein	233	1	21	211
Thüringen	123	-	32	91

Die folgenden Klagen gegen Feststellung eines Abschiebungsverbot wurden wie folgt entschieden:

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt 2020	3.122	4	231	177	2.710
darunter:					
Afghanistan	1.698	2	146	90	1.460
Irak	448	1	28	19	400
Somalia	167	-	9	19	139
Eritrea	164	-	11	35	118
Syrien	139	-	3	1	135
Nigeria	102	-	1	-	101
Äthiopien	48	-	1	-	47
Iran	40	-	6	-	34
Ungeklärt	37	-	4	1	32
Libyen	32	-	-	10	22

nach Bundesländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gem. Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Keine Verbesserung
Gesamt 2020	3.122	4	231	177	2.710
Baden-Württemberg	701	1	67	36	597
Bayern	184	1	8	5	170
Berlin	162	-	15	20	127
Brandenburg	60	-	6	1	53
Bremen	58	-	4	12	42
Hamburg	69	-	6	4	59
Hessen	497	-	28	38	431
Mecklenburg-Vorpommern	23	-	-	4	19
Niedersachsen	403	-	24	4	375
Nordrhein-Westfalen	623	2	55	40	526
Rheinland-Pfalz	62	-	1	2	59
Saarland	10	-	1	-	9
Sachsen	64	-	7	1	56
Sachsen-Anhalt	61	-	3	1	57
Schleswig-Holstein	98	-	2	7	89
Thüringen	47	-	4	2	41

Frage 22b:

Gegen wie viele der Asylbescheide des BAMF wurden im Jahr 2020 Rechtsmittel eingelegt (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und Klagequoten in Bezug auf die Gesamtzahl der Bescheide und in Bezug auf Ablehnungen gesondert ausweisen; bitte jeweils nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und zusätzlich nach den zu sicher erklärten Herkunftsländern differenzieren, zusätzlich differenzieren nach der Art der Ablehnung: unbegründet, offensichtlich unbegründet, unzulässig/Dublin-Bescheid)?

Antwort zu Frage 22b:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Staatsangehörigkeit	Entscheidungen insgesamt			davon Entscheidung "abgelehnt"			davon Entscheidung „o.u. abgelehnt“			davon Entscheidung "unzulässig"		
		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil
Gesamt	145.071	65.404	45,1%	34.089	30.846	90,5%	12.497	7.145	57,2%	31.787	22.699	71,4%
darunter:												
Syrien	38.710	7.027	18,2%	50	38	76,0%	5	3	60,0%	3.948	3.294	83,4%
Irak	12.852	6.971	54,2%	4.560	4.158	91,2%	352	237	67,3%	3.039	2.391	78,7%
Afghanistan	10.803	5.382	49,8%	2.687	2.494	92,8%	122	78	63,9%	3.270	2.561	78,3%
Türkei	9.977	5.064	50,8%	4.136	3.919	94,8%	575	466	81,0%	752	606	80,6%
Iran	7.917	5.571	70,4%	4.412	4.257	96,5%	238	195	81,9%	1.339	1.070	79,9%
Nigeria	7.557	5.810	76,9%	3.328	2.999	90,1%	652	510	78,2%	2.752	2.288	83,1%
Russische Föderation	4.333	3.254	75,1%	1.621	1.463	90,3%	332	200	60,2%	2.047	1.699	83,0%
Ungeklärt	4.298	1.250	29,1%	482	385	79,9%	300	156	52,0%	805	620	77,0%
Somalia	3.714	1.463	39,4%	534	481	90,1%	30	16	53,3%	1.227	918	74,8%
Eritrea	3.683	712	19,3%	294	257	87,4%	21	16	76,2%	337	260	77,2%
Georgien	2.787	1.663	59,7%	519	437	84,2%	1.259	827	65,7%	648	378	58,3%
Moldau (Republik)	2.557	953	37,3%	339	241	71,1%	754	325	43,1%	1.116	417	37,4%
Pakistan	2.525	1.732	68,6%	953	854	89,6%	208	150	72,1%	1.103	752	68,2%
Guinea	2.280	1.374	60,3%	992	864	87,1%	190	139	73,2%	531	350	65,9%
Albanien	1.469	627	42,7%	6	4	66,7%	853	415	48,7%	461	199	43,2%
Serbien	1.363	470	34,5%	5	3	60,0%	606	214	35,3%	638	262	41,1%
Bosnien und Herzegowina	415	139	33,5%	2	0	0,0%	153	58	37,9%	228	77	33,8%
Ghana	744	380	51,1%	5	4	80,0%	457	278	60,8%	171	91	53,2%
Kosovo	632	241	38,1%	1	1	100,0%	284	112	39,4%	292	124	42,5%
Nordmazedonien	917	340	37,1%	9	5	55,6%	432	168	38,9%	382	168	44,0%
Montenegro	218	105	48,2%	0	0	0,0%	79	41	51,9%	129	65	50,4%
Senegal	248	137	55,2%	2	2	100,0%	126	91	72,2%	106	48	45,3%

Frage 22c:

Wie ist die aktuelle Zahl der anhängigen Gerichtsverfahren im Bereich Asyl, differenziert nach (Bundes-, Ober-) Verwaltungsgerichten?

Antwort zu Frage 22c:

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Gericht Stand: 31.12.2020	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
Bei Gericht anhängige Verfahren	192.987
Bundesverwaltungsgericht	42
VGH Baden-Württemberg	98
VG Freiburg	5.495
VG Karlsruhe	4.875
VG Sigmaringen	5.263
VG Stuttgart	7.079
Bayerischer Verwaltungsgerichtshof	234
VG Ansbach	4.961
VG Augsburg	1.546
VG Bayreuth	1.937
VG München	11.743
VG Regensburg	3.709
VG Würzburg	1.202
Bayerischer VGH - Außenstelle Ansbach	423
OVG Berlin-Brandenburg	131
VG Berlin	13.173
VG Cottbus	3.061
VG Frankfurt / Oder	3.382
VG Potsdam	7.147
OVG der Freien Hansestadt Bremen	2
VG Bremen	1.751
Hamburgisches Obergerverwaltungsgericht	10
VG Hamburg	4.622
Hessischer Verwaltungsgerichtshof	135
VG Darmstadt	5.343
VG Frankfurt/Main	3.390
VG Kassel	3.561

VG Wiesbaden	3.825
VG Gießen	6.004
Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht	226
VG Braunschweig	3.094
VG Hannover	6.835
VG Oldenburg	3.976
VG Osnabrück	2.633
VG Stade	2.745
VG Lüneburg	2.055
VG Göttingen	1.449
OVG für das Land Nordrhein-Westfalen	294
VG Aachen	3.898
VG Arnberg	7.078
VG Düsseldorf	6.389
VG Gelsenkirchen	5.516
VG Köln	7.957
VG Minden	4.257
VG Münster	4.042
OVG Rheinland-Pfalz	58
VG Trier	2.383
OVG des Saarlands	12
VG des Saarlandes	437
Schleswig-Holsteinisches OVG	66
VG Schleswig-Holstein	6.081
OVG Sachsen-Anhalt	10
VG Magdeburg	1.585
VG Halle	950
Thüringer Oberverwaltungsgericht	-
VG Gera	257
VG Meiningen	1.623
VG Weimar	1.405
Sächsisches Oberverwaltungsgericht	82
VG Chemnitz	4.117
VG Dresden	2.825
VG Leipzig	1.803
OVG Mecklenburg-Vorpommern	83
VG Greifswald	1.431
VG Schwerin	1.191

Frage 22d:

Welche Entscheidungen wurden in Asyl-Gerichtsverfahren im Jahr 2020 (soweit vorliegend) getroffen, differenziert nach Bundesländern, wichtigsten Herkunftsstaaten und erster bzw. zweiter Instanz?

Antwort zu Frage 22d:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

01.01. – 31.12. 2020	Gerichtsentscheidungen								anhängige Rechtsmittel
	Eingelegt	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl	Flüchtlings-schutz gem. § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschiebungs- verbot	Ablehnungen	sonst. Verfahrenderledigungen (z.B. Rücknahmen)	
Staatsangehörigkeiten gesamt	72.725	127.932	433	6.287	1.701	12.832	47.561	59.118	192.987
darunter:									
Syrien	8.673	16.297	8	871	15	839	6.042	8.522	19.921
Afghanistan	5.922	21.233	6	1.196	651	6.445	5.525	7.410	27.129
Irak	7.820	14.733	15	557	341	1.529	6.294	5.997	22.017
Türkei	5.312	4.270	119	431	32	56	1.830	1.802	11.291
Ungeklärt	1.403	2.105	2	138	82	115	685	1.083	4.029
Nigeria	6.348	10.702	4	69	13	612	4.164	5.840	14.637
Iran	6.084	7.053	46	1.508	23	109	2.567	2.800	16.358
Somalia	1.729	3.388	1	109	92	357	711	2.118	5.051
Eritrea	885	1.859	1	115	113	77	438	1.115	2.341
Georgien	1.773	2.551	1	10	8	42	1.219	1.271	2.914
Russische Föderation	3.578	5.043	88	155	20	171	2.004	2.605	12.566
Moldau, Republik	986	895	0	0	0	0	330	565	829
Guinea	1.511	2.260	3	24	12	66	1.041	1.114	3.774
Algerien	589	552	1	3	0	10	169	369	847
Vietnam	123	142	0	1	0	0	58	83	144

01.01. – 31.12. 2020	Gerichtsentscheidungen								anhängige Rechtsmit- tel
	Einge- legt	Gesamt	Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl	Flücht- lings- schutz gem. § 3 I AsylG	subsidiä- rer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschie- bungs- verbot	Ableh- nungen	sonst. Ver- fahrenser- ledigungen (z.B. Rücknah- men)	
BDL gesamt	72.725	127.932	433	6.287	1.701	12.832	47.561	59.118	192.987
darunter:									
Baden-Württemberg	7.558	24.381	84	1.384	407	3.000	10.114	9.392	22.875
Bayern	9.925	18.358	12	403	127	1.653	7.678	8.485	25.534
Berlin	4.136	5.822	8	169	202	305	2.084	3.054	13.578
Brandenburg	3.174	3.788	2	177	13	264	1.022	2.310	13.243
Bremen	793	912	9	88	47	97	229	442	1.806
Hamburg	1.583	2.738	-	254	76	467	636	1.305	4.693
Hessen	5.013	10.145	40	763	240	1.337	3.126	4.639	22.059
Mecklenburg-Vorpom- mern	1.669	1.197	2	29	10	54	453	649	2.673
Niedersachsen	7.966	11.779	23	784	109	1.304	4.283	5.276	22.937
Nordrhein-Westfalen	15.402	27.123	92	1.246	274	2.289	10.092	13.130	39.826
Rheinland-Pfalz	3.229	5.673	92	300	29	391	2.072	2.789	2.507
Saarland	477	598	2	14	1	183	119	279	463
Sachsen	4.586	4.731	45	244	54	415	1.778	2.195	8.799
Sachsen-Anhalt	1.948	2.680	7	205	19	383	669	1.397	2.511
Schleswig-Holstein	3.172	5.442	5	121	41	447	2.543	2.285	6.195
Thüringen	2.079	2.545	10	106	52	242	662	1.473	3.258
unbekannt	15	20	-	-	-	1	1	18	30

Stand	Eingelegt	Gesamt	Gerichtsentscheidungen						sonst. Verfahrens erledigungen (z.B. Rücknahmen)	anhängige Rechtsmittel
			Asyl Art. 16a GG u. Fam. Asyl	Flüchtlings-schutz gem. § 3 I AsylG	subsi-därer Schutz gem. § 4 I AsylG	Abschie-bungsver-bot	Ablehnun-gen			
Insgesamt	72.725	127.932	433	6.287	1.701	12.832	47.561	59.118	192.987	
darunter:										
1. Instanz	71.347	126.709	433	6.277	1.700	12.813	46.837	58.649	191.081	
2. Instanz	1.316	1.175	-	10	1	19	719	426	1.864	

Frage 22e:

In wie vielen Fällen erhielten zunächst abgelehnte Asylsuchende im Jahr 2020 doch noch einen Schutzstatus, und in wie vielen Fällen basierte dies auf einer Gerichtsentcheidung, auf einer Abhilfeentscheidung bzw. geschah dies infolge eines Folgeantrags oder aus sonstigem Grunde (bitte differenzieren und zudem nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten auflisten)?

Antwort zu Frage 22e:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Zeitraum: 01.01.– 31.12.2020			
Staatsangehörigkeit		davon aufgrund einer Gerichtsentscheidung	Abhilfeentscheidungen
Gesamt	24.328	20.517	3.811
darunter:			
Syrien	2.396	2.038	358
Afghanistan	9.507	7.886	1.621
Irak	2.689	2.429	260
Türkei	842	586	256
Ungeklärt	487	338	149
Nigeria	763	675	88
Iran	1.734	1.566	168
Somalia	610	548	62
Eritrea	281	231	50
Georgien	67	58	9
Russische Föderation	528	458	70
Moldau, Republik	0	0	0
Guinea	115	84	31
Algerien	16	13	3
Vietnam	6	2	4

Positive Entscheidungen infolge von Folgeanträgen:

Zeitraum: 01.01.– 31.12.2020	
Staatsangehörigkeit	Summe
Gesamt	2.471
darunter:	
Syrien	457
Afghanistan	630
Irak	249
Türkei	100
Ungeklärt	64
Nigeria	92
Iran	206
Somalia	119
Eritrea	107
Georgien	3
Russische Föderation	111
Moldau, Republik	4
Guinea	23
Algerien	0
Vietnam	1

Positive Entscheidungen infolge von sonstigen Gründen:

Zeitraum: 01.01.– 31.12.2020	
HKL	Summe
Gesamt	403
darunter:	
Syrien	5
Afghanistan	199
Irak	19
Türkei	3
Ungeklärt	4
Nigeria	18
Iran	5
Somalia	7
Eritrea	5
Georgien	0
Russische Föderation	6
Moldau, Republik	0
Guinea	8
Algerien	0
Vietnam	0

Frage 22f:

Bei wie vielen der Klagen und Rechtsschutzanträge im Asylbereich im Jahr 2020 ging es um Dublin-Bescheide, bei wie vielen um Schutzgewährungen in einem anderen Mitgliedstaat (bitte differenzieren und zudem nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten auflisten), und wie wurden die Eilverfahren zu Dublin-Bescheiden bzw. Schutzgewährungen in einem anderen Mitgliedstaat (bitte differenzieren) im Jahr 2020 entschieden (bitte in absoluten und relativen Zahlen und so differenziert wie möglich angeben)?

Antwort zu Frage 22f:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Entscheidungen in Eilverfahren zu Dublin-Bescheiden (inklusive Verfahren nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG –Schutzgewährung in einem anderen MS)			
Zeitraum: 01.01.-31.12.2020 (Stand: 15.02.2021)			
Staatsangehörigkeit	abgelehnt	stattgegeben	Gesamt
Gesamt	6.607	2.320	8.927
darunter:			
Syrien	933	257	1.190
Nigeria	626	434	1.060
Irak	730	212	942
Russische Föderation	560	222	782
Afghanistan	576	132	708
Iran	347	216	563
Somalia	283	76	359
Türkei	188	95	283
Guinea	158	50	208
Gambia	149	40	189

Klagen gegen Dublin-Bescheide	
Zeitraum: 01.01. – 31.12.2020 (Stand: 15.02.2021)	
Staatsangehörigkeit	
Gesamt	8.130
darunter:	
Afghanistan	922
Irak	913
Russische Föderation	808
Nigeria	798
Syrien	744
Iran	485
Türkei	265
Somalia	248
Guinea	209
Gambia	199

Klagen gegen Dublin-Bescheide (inkl. Verfahren nach § 29 Abs. I Nr. 2 AsylG)	
Zeitraum: 01.01. – 31.12.2020 (Stand: 15.02.2021)	
Staatsangehörigkeit	
Gesamt	13.016
darunter:	
Syrien	2.997
Afghanistan	1.493
Irak	1.467
Nigeria	1.017
Russische Föderation	837
Somalia	738
Iran	534
Ungeklärt	445
Türkei	274
Eritrea	228

01.01.- 31.12.2020 Stand 15.02.2021		Gerichtsentscheidungen im Dublinverfahren											
HKL	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG		Abschiebungsverbot		Ablehnung		sonst. Verfahrenserledigung		Abschiebungsandrohung		Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Gesamt	47	0,5%	9	0,1%	132	1,5%	384	4,4%	8.067	93,3%	8	0,1%	8.647
darunter:													
Nigeria	0	0,0%	0	0,0%	8	0,6%	29	2,1%	1.314	97,0%	3	0,2%	1.354
Irak	1	0,1%	0	0,0%	13	1,6%	39	4,7%	776	93,6%	0	0,0%	829
Russische Föderation	4	0,6%	0	0,0%	15	2,1%	67	9,5%	618	87,8%	0	0,0%	704
Iran	14	2,4%	0	0,0%	1	0,2%	7	1,2%	563	96,1%	1	0,2%	586
Afghanistan	10	1,7%	2	0,3%	27	4,6%	21	3,6%	522	89,7%	0	0,0%	582
Syrien	4	0,8%	0	0,0%	12	2,4%	10	2,0%	470	94,8%	0	0,0%	496
Somalia	5	1,4%	1	0,3%	17	4,7%	9	2,5%	325	90,8%	1	0,3%	358
Gambia	0	0,0%	0	0,0%	4	1,3%	24	7,7%	285	91,1%	0	0,0%	313
Guinea	1	0,4%	1	0,4%	1	0,4%	19	6,7%	260	92,2%	0	0,0%	282
Pakistan	2	0,8%	0	0,0%	0	0,0%	11	4,5%	230	94,7%	0	0,0%	243
Aserbaidshan	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	15	6,6%	212	93,4%	0	0,0%	227
Eritrea	2	1,0%	3	1,4%	4	1,9%	7	3,4%	192	92,3%	0	0,0%	208
Türkei	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	2	1,3%	157	98,7%	0	0,0%	159
Ungeklärt	0	0,0%	1	0,8%	0	0,0%	7	5,4%	122	93,8%	0	0,0%	130
China	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	2	1,6%	126	98,4%	0	0,0%	128

01.01.- 31.12.2020 Stand 15.02.2021		Gerichtsentcheidungen im Dublinverfahren (inkl. Verfahren nach § 29 Abs. I Nr. 2 AsylG)											
HKL	Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG		subsidiärer Schutz gem. § 4 I AsylG		Abschiebungsverbot		Ablehnung		sonst. Verfahrenserledigung		Abschiebungsandrohung		Gesamt
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Gesamt	54	0,3%	13	0,1%	1.544	9,1%	438	2,6%	14.943	87,8%	28	0,2%	17.020
darunter:													
Syrien	7	0,2%	0	0,0%	756	17,3%	35	0,8%	3.571	81,5%	13	0,3%	4.382
Irak	1	0,0%	4	0,2%	329	14,9%	40	1,8%	1.826	82,9%	2	0,1%	2.202
Nigeria	0	0,0%	0	0,0%	26	1,5%	38	2,2%	1.665	96,1%	3	0,2%	1.732
Afghanistan	10	0,7%	2	0,1%	157	11,6%	21	1,5%	1.168	85,9%	1	0,1%	1.359
Somalia	5	0,4%	1	0,1%	75	6,6%	15	1,3%	1.046	91,4%	2	0,2%	1.144
Russische Föderation	4	0,5%	0	0,0%	16	2,0%	72	9,1%	698	88,4%	0	0,0%	790
Iran	14	2,0%	0	0,0%	34	4,9%	7	1,0%	644	92,0%	1	0,1%	700
Eritrea	2	0,4%	3	0,7%	16	3,6%	8	1,8%	420	93,5%	0	0,0%	449
Ungeklärt	3	0,8%	1	0,3%	41	11,0%	12	3,2%	315	84,2%	2	0,5%	374
Gambia	0	0,0%	0	0,0%	4	1,1%	24	6,8%	324	92,0%	0	0,0%	352
Pakistan	2	0,7%	0	0,0%	11	3,7%	11	3,7%	277	92,0%	0	0,0%	301
Guinea	1	0,3%	1	0,3%	3	1,0%	19	6,4%	275	92,0%	0	0,0%	299
Aserbaidshan	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	15	6,6%	213	93,4%	0	0,0%	228
Türkei	0	0,0%	0	0,0%	5	2,9%	2	1,2%	165	95,9%	0	0,0%	172
Sudan	1	0,7%	0	0,0%	8	5,5%	5	3,4%	130	89,7%	1	0,7%	145

Frage 22g:

Wie lauten die differenzierteren Angaben des BAMF zu der Kategorie „sonstige Erledigungen“ bei Gerichtsentscheidungen für das Jahr 2020?

Antwort zu Frage 22g:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Sonstige Verfahrenserledigungen	Jan-Dez 2020
Keine Schutzgewährung festgestellt	44.564
Schutzgewährung offen	11.322
Schutzgewährung	3.232
Summe	59.118

Frage 22h:

Wie lauten die 15 Organisationseinheiten des BAMF mit den höchsten Aufhebungsquoten ihrer Bescheide durch die Gerichte (bitte mit absoluten und relativen Zahlen auflisten), und wie werden diese erhöhten Aufhebungen jeweils erklärt bzw. inwieweit wird im Rahmen der Qualitätskontrolle dem nachgegangen, was die Gründe für diese vermehrten gerichtlichen Aufhebungen sind (bitte ausführen)?

Antwort zu Frage 22h:

Angaben zu den 15 Organisationseinheiten des BAMF mit den höchsten Aufhebungsquoten ihrer Bescheide durch die Gerichte können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Organisationseinheiten*	Gesamt	Quote
	21.253	16,6%
darunter:		
AS Hamburg im AZ, LAS	628	32,7%
AS Oldenburg	278	30,8%
AS Neustadt	209	29,7%
AS Mühlhausen/Th.	140	28,5%
AS Kusel	59	28,0%
AZ Gießen - Offenbach	809	27,6%
AS Diez	175	27,4%
AS Ingelheim/Bingen	57	26,4%

Entscheidungszentrum Südwest Mannheim	585	25,9%
AS Freiburg	160	25,7%
AS Zirndorf in AnKER	1.149	25,0%
AS Lebach in AnKER, LAS	241	24,5%
AS Hermeskeil	30	24,2%
AS Büdingen	298	24,0%
Entscheidungszentrum Ost Berlin	2.197	22,4%

* Anmerkung: Berücksichtigt wurden nur Organisationseinheiten mit mehr als hundert Entscheidungen.

Die von den Gerichten 2020 getroffenen Entscheidungen galten nicht ausschließlich Bescheiden, die aus dem vergangenen Jahr stammen. Mit den Entscheidungen waren in den letzten Jahren nicht selten in regional und/oder thematisch übergreifender Weise verschiedene Einheiten des BAMF befasst, wie z. B. die sog. Entscheidungszentren, die so heute nicht mehr bestehen.

Allgemein sind alle gerichtlichen Entscheidungen das Ergebnis einer auf den konkreten Einzelfall bezogenen Prüfung. Dabei können nicht selten unterschiedliche Glaubwürdigkeitsbewertungen oder die Fortentwicklung der tatsächlichen Verhältnisse in der Zeit zwischen behördlicher Entscheidung und gerichtlicher Überprüfung des Bescheids eine Rolle spielen. Außerdem sind in mancher Hinsicht die Bearbeitungszuständigkeiten regional teilweise deutlich unterschiedlich. Beispielsweise werden manche Herkunftsländer ausschließlich bei einer Außenstelle des BAMF bearbeitet. Die Höhe der Verpflichtungsquote allein lässt im Übrigen keine Rückschlüsse auf die Qualität zu. Als Bundesbehörde entscheidet das BAMF nach einheitlichen Leitsätzen. Diese einheitliche Linie wird von den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeiten in unterschiedlicher Weise vor dem Hintergrund des jeweiligen Einzelfalles beurteilt. Hinzuweisen ist auch darauf, dass eine Überprüfung der Bescheide im Rahmen der dezentralen Qualitätssicherung erfolgt.

Frage 23:

Wie lautete die Klagequote in Bezug auf ablehnende Bescheide des BAMF für das vierte Quartal 2020 bzw. das Gesamtjahr 2020?

Antwort zu Frage 23:

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Zeitraum	Klagequote ablehnende Bescheide
4. Quartal 2020	69,8%
Jahr 2020	73,3%

Frage 24:

Wie viele Asyl-Anhörungen gab es im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020 (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 24:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Anhörungen 4. Quartal 2020	Anzahl
Herkunftsländer gesamt	15.038
darunter:	
Syrien	4.494
Afghanistan	1.667
Irak	1.299
Türkei	1.190
Ungeklärt	532
Somalia	434
Nigeria	461
Eritrea	265
Iran	580
Algerien	252
Georgien	313
Moldau, Republik	201
Guinea	305
Russische Föderation	169
Marokko	186

Anhörungen Jahr 2020	Anzahl
Herkunftsländer gesamt	47.179
darunter:	
Syrien	12.407
Afghanistan	4.189
Irak	3.996
Türkei	3.624
Ungeklärt	1.443
Nigeria	1.632
Iran	2.194
Somalia	1.280
Eritrea	759
Georgien	1.389
Russische Föderation	720
Moldau, Republik	764
Guinea	872
Algerien	671
Vietnam	872

Frage 25:

Wie waren die bereinigten Schutzquoten und die Zahl der Schutzgesuche bei Asylsuchenden aus Tunesien, Algerien, Ägypten, Marokko, Libyen, Georgien, Armenien und der Türkei im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020?

Antwort zu Frage 25:

Die Angaben zum Gesamtschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Staatsangehörigkeiten	4. Quartal 2020			
	Asylanträge	Gesamtzuschutz		Anteil Gesamtzuschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
		absolut	Anteil	
Türkei	1.632	673	36,7%	42,3%
Algerien	541	1	0,2%	0,6%
Georgien	528	6	1,1%	1,8%
Armenien	146	7	3,4%	6,4%
Libyen	176	47	31,1%	58,8%
Marokko	335	2	0,5%	1,2%
Tunesien	172	2	1,1%	2,5%
Ägypten	86	19	13,2%	17,8%

Staatsangehörigkeiten	Jahr 2020			
	Asylanträge	Gesamtzuschutz		Anteil Gesamtzuschutz unter Außerachtlassung formeller Entscheidungen des BAMF
		absolut	Anteil	
Türkei	6.562	4.289	43,0%	47,7%
Algerien	1.484	23	1,6%	3,8%
Georgien	2.526	26	0,9%	1,4%
Armenien	567	37	3,7%	5,5%
Libyen	609	297	37,3%	54,0%
Marokko	1.117	28	2,3%	4,4%
Tunesien	518	16	2,5%	4,8%
Ägypten	499	116	16,8%	23,7%

Frage 26:

Wie viele Erst- und Folgeanträge (bitte differenzieren) wurden von Asylsuchenden aus Serbien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Albanien und Bosnien-Herzegowina im Jahr 2020 gestellt (bitte jeweils auch den prozentualen Anteil der Roma-Angehörigen nennen), und wie wurden diese Asylanträge jeweils mit welchem Ergebnis beschieden?

Antwort zu Frage 26:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jahr 2020	Asylanträge			Entscheidungen über Asylanträge						
	Gesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	insgesamt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a GG und Famil.asyl)	Gewährung von Flüchtlingsschutz gem. § 3 I AsylG	Gewährung von subsidiärem Schutz gem. § 4 I AsylG	Feststellung eines Abschiebungsverbot gem. § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegl./abgel./offens. unbegl. abgel.)	sonstige Verfahrenserledigungen
Serbien	1.292	606	686	1.363	-	1	-	-	611	751
davon Roma	1.036	422	614	1.094	-	1	-	-	454	639
Kosovo	560	260	300	632	-	1	-	12	285	334
davon Roma	244	90	154	239	-	-	-	2	91	146
Nordmazedonien	823	410	413	917	-	1	-	-	441	475
davon Roma	580	260	320	635	-	1	-	-	292	342
Montenegro	151	62	89	218	-	-	-	-	79	139
davon Roma	108	31	77	153	-	-	-	-	41	112
Albanien	1.220	817	403	1.469	-	4	3	4	859	599
davon Roma	230	126	104	255	-	-	-	-	127	128
Bosnien und Herzegowina	401	177	224	415	-	-	1	7	155	252
davon Roma	297	102	195	299	-	-	-	1	92	206

Frage 27:

Welche aktuellen Informationen gibt es zur Personalsituation, -entwicklung und -planung im BAMF (bitte auch spezifische Angaben zu den Bereichen Asylprüfung, Widerrufsprüfung, Dublin-Verfahren, Qualitätssicherung und Prozessvertretung machen)?

Antwort zu Frage 27:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Personal-Einsatz ausgewählter Bereiche in Vollzeitäquivalenten (VZÄ)				
	Einfacher Dienst / mittlerer Dienst	Gehobener Dienst	Höherer Dienst	Summe
Asyl (ohne Widerruf)*	1.134,7	748,3	41,5	1.924,5
Widerrufsprüfung*	145,0	365,4	9,4	519,8
Prozess gesamt	145,9	175,5	42,7	364,1
dezentral*	136,2	170,3	22,4	328,9
zentral (61D & 61E)**	9,7	5,2	20,3	35,2
QS gesamt	45,4	139,3	16,7	201,4
dezentral*	38,8	104,3	9,7	152,8
zentral (62A, 62B, 62C)**	6,6	35,0	7,0	48,6
Dublin*	145,9	199,4	6,5	351,8
dezentral (Dublinzentren)*	63,4	127,1	0,5	191,0
Dublinreferate (32A/B/C)**	82,5	72,3	6,0	160,8

* gemäß Personal-Ist Abfrage KW 32 (01.02. - 05.02.2021)

** gemäß Zentraler Steuerungsdatei Personal (ZSD) Stand 1. Februar 2021

Vakante Stellen in VZÄ (Stand 01. Februar 2021)			
	Mittlerer Dienst	Gehobener Dienst	Höherer Dienst
Prozess zentral (61D, 61E)	0,3	1,8	0,6
QS zentral (62A, 62B, 62C)	1,4	0,0	0,5
Dublin (32A-F)	66,1	26,1	8,5

Soll in VZÄ (Stand 01. Februar 2021)			
	Mittlerer Dienst	Gehobener Dienst	Höherer Dienst
Prozess zentral (61D, 61E)	10,0	7,0	20,9
QS zentral (62A, 62B, 62C)	8,0	35,0	7,5
Dublin (32A-F)	212,0	225,5	15,0

Die zukünftige Personalplanung für den operativen Bereich hängt maßgeblich von den künftigen Aufgabenschwerpunkten ab. Eine verbindliche Aussage kann deshalb zum jetzigen Zeitpunkt nicht getroffen werden.

Frage 28:

Wie viele Asylverfahren wurden im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020 eingestellt (bitte nach Gründen und den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren)?

Antwort zu Frage 28:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2020	Einstellung wg. § 33 Abs. 1 und 2 / § 32 a Abs. 2 AsylG	Sonstige Einstellung	Gesamt
Gesamt	681	570	1.251
darunter:			
Syrien	26	44	70
Afghanistan	33	14	47
Irak	45	48	93
Türkei	37	22	59
Ungeklärt	24	4	28
Somalia	7	7	14
Nigeria	19	44	63
Eritrea	4	-	4
Iran	19	13	32
Algerien	66	29	95
Georgien	37	18	55
Moldau, Republik	87	28	115
Guinea	21	7	28
Russische Föderation	17	34	51
Marokko	51	19	70

Jahr 2020	Einstellung wg. § 33 Abs. 1 und 2 / § 32 a Abs. 2 AsylG	Sonstige Einstellung	Gesamtergebnis
Gesamt	2.226	2.483	4.709
darunter:			
Syrien	92	163	255
Afghanistan	80	61	141
Irak	104	155	259
Türkei	129	107	236
Ungeklärt	61	27	88
Nigeria	63	157	220
Iran	53	93	146
Somalia	26	20	46
Eritrea	18	9	27
Georgien	214	124	338
Russische Föderation	43	128	171
Moldau, Republik	247	145	392
Guinea	54	28	82
Algerien	169	73	242
Vietnam	72	191	263

Frage 29:

Wie viele Einreise- und Aufenthaltsverbote hat das BAMF im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020 gegenüber abgelehnten Asylsuchenden mit welcher Begründung erlassen (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und in wie vielen Fällen wurde im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020 ein Schutzstatus an Asylsuchende mit einem Wiedereinreiseverbot erteilt (bitte jeweils nach Status und wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren)?

Antwort zu Frage 29:

Angaben zu vom BAMF erlassenen Einreise- und Aufenthaltsverboten können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2020	Entscheidungen zu §11III	Entscheidungen zu § 11VII	Entscheidungen mit Aufenthalts- und Wiedereinreiseverboten (§ 11 II und/oder § 11 VII)
Gesamt	14.066	726	14.345
darunter:			
Syrien	613	3	615
Afghanistan	1.546	9	1.555
Irak	1.475	12	1.487
Türkei	914	6	920
Ungeklärt	276	7	278
Somalia	287	0	287
Nigeria	1.189	11	1.200
Eritrea	107	0	107
Iran	812	15	827
Algerien	403	3	406

Jahr 2020	Entscheidungen zu §11III	Entscheidungen zu § 11VII	Entscheidungen mit Aufenthalts- und Wiedereinreiseverboten (§ 11 II und/oder § 11 VII)
Gesamt	66.691	3.710	67.716
darunter:			
Syrien	2.892	12	2.903
Afghanistan	5.011	43	5.054
Irak	6.871	35	6.906
Türkei	4.936	12	4.947
Ungeklärt	1.297	34	1.318
Nigeria	5.840	35	5.875
Iran	5.284	30	5.313
Somalia	1.493	14	1.507
Eritrea	520	3	523
Georgien	2.323	28	2.351

Frage 30:

Wie viele Asylgesuche gab es im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020 an den bundesdeutschen Grenzen (bitte nach Grenzabschnitten und wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren; außerdem differenzieren, ob das Asylgesuch im Kontext einer unerlaubten Einreise gestellt wurde)?

Antwort zu Frage 30:

Die Angaben für das vierte Quartal 2020 bzw. für das Gesamtjahr 2020 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2020	Anzahl Asylnachsuchender	davon im Zusammenhang mit unerlaubter Einreise
Gesamt	2.710	1.465
Grenze zu		
Inlandsfeststellung	662	40
Österreich	308	180
Frankreich	288	273
Belgien	228	207
Polen	194	68
Tschechien	182	43
Schweiz	173	171
ungeklärt	56	29
Niederlande	37	35
Dänemark	36	35
Luxemburg	29	25
Luftgrenze	272	183
Seegrenze	245	176
Staatsangehörigkeit (Top-5)		
afghanisch	576	268
syrisch	430	173
algerisch	341	217
irakisch	268	125
marokkanisch	162	99

2020	Anzahl Asylnachsuchender	davon im Zusammenhang mit unerlaubter Einreise
Gesamt	7.921	4.488
Grenze zu		
Inlandsfeststellung	1.936	102
Frankreich	822	762
Österreich	797	502
Belgien	719	653
Schweiz	460	442
Tschechien	384	107
Polen	362	162
Niederlande	165	154
Dänemark	147	142
ungeklärt	153	83
Luxemburg	75	62
Luftgrenze	1.348	970
Seegrenze	553	347
Staatsangehörigkeit (Top-5)		
afghanisch	1.460	775
syrisch	1.021	442
algerisch	738	457
irakisch	715	338
türkisch	454	294

Frage 31:

In wie vielen Fällen wurde das BAMF bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse nach § 72 Absatz 2 AufenthG im Auftrag der Ausländerbehörden welcher Bundesländer im vierten Quartal 2020 bzw. im Gesamtjahr 2020 mit welchem Ergebnis beteiligt (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 31:

Angaben zur Beteiligung des BAMF nach § 72 Absatz 2 AufenthG bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse können den folgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2020	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u.a.)
Gesamt	212	50	83	79
Baden-Württemberg	16	1	7	8
Bayern	9	2	5	2
Berlin	21	5	10	6
Bremen	1	-	1	-
Hamburg	28	13	5	10
Hessen	13	3	4	6
Mecklenburg-Vor- pommern	3	-	3	-
Niedersachsen	14	2	11	1
Nordrhein-Westfalen	85	15	32	38
Rheinland-Pfalz	1	-	-	1
Saarland	4	1	-	3
Sachsen	9	6	1	2
Sachsen-Anhalt	3	1	2	-
Schleswig-Holstein	5	1	2	2

4. Quartal 2020	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u.a.)
alle HKL	212	50	83	79
darunter:				
Syrien	7	2	1	4
Afghanistan	47	17	8	22
Irak	12	2	3	7
Türkei	15	1	13	1
Ungeklärt	7	1	5	1
Somalia	2	1	-	1
Nigeria	2	1	-	1
Eritrea	2	2	-	-
Iran	6	-	3	3
Algerien	5	-	4	1

Jahr 2020	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u.a.)
Gesamt	837	216	360	261
Baden-Württemberg	66	13	29	24
Bayern	54	18	22	14
Berlin	81	26	27	28
Brandenburg	4		2	2
Bremen	16	3	7	6
Hamburg	89	48	19	22
Hessen	45	15	15	15
Mecklenburg-Vor- pommern	17	3	4	10
Niedersachsen	54	9	30	15
Nordrhein-Westfalen	334	53	180	101
Rheinland-Pfalz	13	3	6	4
Saarland	8	3	2	3
Sachsen	31	17	8	6
Sachsen-Anhalt	10	4	5	1
Schleswig-Holstein	11	1	4	6
Thüringen	1	-	-	1
unbekannt	3	-	-	3

Jahr 2020	Stellungnahmen gem. § 72 Abs. 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u.a.)
alle HKL	837	216	360	261
darunter:				
Syrien	27	13	2	12
Afghanistan	82	26	18	38
Irak	35	7	11	17
Türkei	56	5	33	18
Ungeklärt	11	4	6	1
Nigeria	17	5	3	9
Iran	27	2	7	18
Somalia	8	3	1	4
Eritrea	9	7	-	2
Georgien	6	1	2	3

Frage 32:

Welche Angaben für das vierte Quartal 2020 bzw. das Gesamtjahr 2020 lassen sich machen zu überprüfen (vor allem: Ausweis-)Dokumenten und zum Anteil ge- oder verfälschter Dokumente Asylsuchender (bitte zum Vergleich auch die Anzahl der „beanstandeten“ Dokumente angeben und differenzieren nach den zehn wichtigsten Hauptherkunftsländern), und warum werden keine Daten dazu erhoben, in welchem Umfang ge- oder verfälschte Dokumente mit falschen Angaben zur Person oder Herkunft verbunden sind bzw. inwieweit die Betroffenen dennoch als schutzbedürftig anerkannt wurden (bitte ausführen)?

Antwort zu Frage 32:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

4. Quartal 2020:

	Geprüfte Dokumente	Dokumente ohne Beanstandung	Nicht abschließend bewertbare Dokumente	beanstandete Dokumente	Anteil der beanstandeten Dokumente in %
Syrien	18.056	16.749	720	587	3,3
Afghanistan	3.160	2.890	191	79	2,5
Irak	5.432	5.144	180	108	2,0
Türkei	1.707	1.579	75	53	3,1
HKL ungeklärt	1.722	1.722	-	-	-
Nigeria	207	121	80	6	2,9
Iran	1.369	1.294	56	19	1,4
Somalia	126	80	28	18	14,3
Eritrea	596	519	59	18	3,0
Georgien	360	325	33	2	0,6
Rest (ca. 150 weitere HKL)	3.891	2.975	784	132	3,4
Gesamt	36.626	33.398	2.206	1.022	2,8

Jahr 2020:

	Geprüfte Dokumente	Dokumente ohne Beanstandung	Nicht abschließend bewertbare Dokumente	beanstandete Dokumente	Anteil der beanstandeten Dokumente in %
Syrien	100.676	95.036	3028	2.612	2,6
Afghanistan	11.228	10.073	831	324	2,9
Irak	28.436	27.125	851	460	1,6
Türkei	7.368	6.847	391	130	1,8
HKL ungeklärt	8.010	8.010	-	-	-
Nigeria	787	425	317	45	5,7
Iran	6.789	6.427	274	88	1,3
Somalia	585	334	177	74	12,6
Eritrea	3.027	2.528	433	66	2,2
Georgien	1.810	1.490	300	20	1,1
<i>Rest (ca. 150 weitere HKL)</i>	21.892	17.198	4.025	669	3,1
Gesamt	190.608	175.493	10.627	4.488	2,4

Zum zweiten Teil der Frage wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 30 der Kleinen Anfrage „Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das zweite Quartal 2019“ der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/13945 verwiesen.